

erfasst,
verfolgt,
vernichtet.
kranke und

DIE PRÄSIDENTIN



DES LANDTAGS NRW

70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz
Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

DIE PRÄSIDENTIN



DES LANDTAGS NRW

**70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz
Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus**



Inhalt

„Wer schweigt, kann am Verschweigen mitwirken“ Einleitung	4
„Was uns sprachlos macht, zwingt uns zu reden“ Carina Gödecke, Präsidentin des Landtags NRW	6
„Ich höre mit Abscheu die Parolen der Neonazis“ Harry Radzyner, Holocaust-Überlebender	10
„Wir gedenken der vielen Millionen Ermordeten“ Thomas Geisel, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf	12
„In Stein Geschriebenes überdauert Generationen“ Dr. Hartmut Traub, Angehöriger eines Opfers	15
„Menschen, die man vergisst, sterben ein zweites Mal“ Dr. Hartmut Traub über seine Beweggründe, das Schicksal seines Onkels Benjamin zu erforschen	20
„Das haben wir nicht gewusst“ Prof. Dr. Götz Aly, Historiker	23
„Ein Archipel des Todes“ Interview mit dem Historiker Prof. Dr. Götz Aly	33
„Viel zu wenig Aufmerksamkeit für die Opfer“ Prof. Dr. Wolfgang Gaebel, Ärztlicher Direktor LVR-Klinikum Düsseldorf	35
Den Opfern ein Gesicht geben – und den Tätern Ausstellung dokumentiert Verfolgung und Ermordung von Kranken und Behinderten	38

Impressum

Herausgeber:	Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen
Redaktion:	Wibke Busch, Michael Zabka
Gestaltung:	de haar grafikdesign, www.dehaar.de
Produktion:	jva druck+medien geldern
Umschlag, Bilder und Bildredaktion:	Bernd Schälte Boris Buchholz (S. 32)



„Wer schweigt, kann am Verschweigen mitwirken“

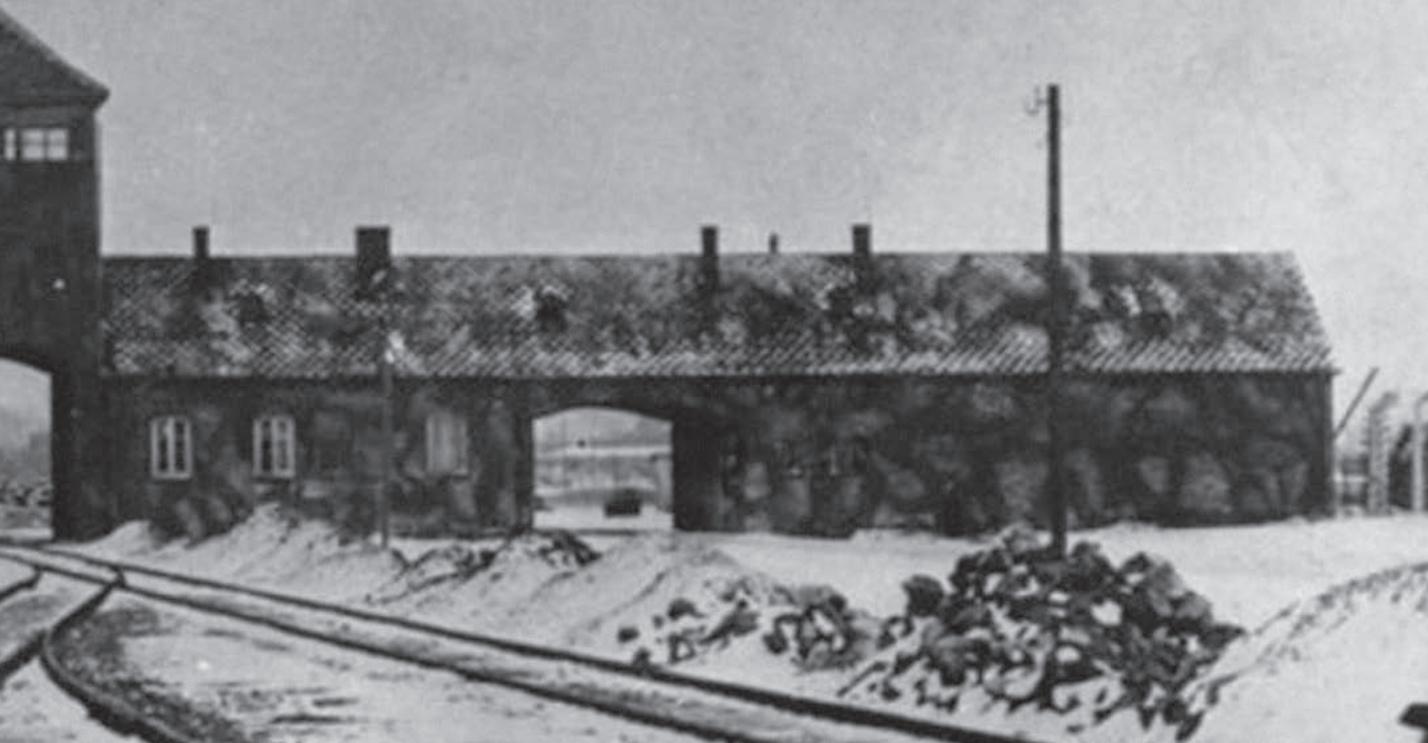
Einleitung

Nur wenige Tausend hatten überlebt: Als sowjetische Soldaten auf ihrem Vormarsch nach Westen am 27. Januar 1945 das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau erreichten, fanden sie dort etwa 7.500 Überlebende – „verängstigte, fast erfrorene und verhungerte Häftlinge“, wie es der Historiker Prof. Dr. Götz Aly in seiner Rede im nordrhein-westfälischen Landtag schilderte. Zehntausende waren noch kurz zuvor in Todesmärsche getrieben worden. Insgesamt 1,1 Millionen Menschen wurden in Auschwitz ermordet – darunter eine Million Juden.

Genau 70 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers – am 27. Januar 2015 – gedachte das

Landesparlament mit einer bewegenden Feierstunde der Opfer des Nationalsozialismus. Auf Einladung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie der Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), Ulrike Lubek, waren dazu mehr als 450 Gäste in den Plenarsaal gekommen.

Die unterschiedlichen Redner des Abends einte ein Leitmotiv: das Schweigen aufbrechen und erinnern. „Wer schweigt, kann – auch ohne es zu wollen – am Verschweigen mitwirken“, mahnte Landtagspräsidentin Gödecke in ihrer Begrüßungsrede. Und der heute 81 Jahre alte Holocaust-Überlebende Harry Radzyner berichtete mit berührenden und zugleich aufrüttelnden Worten über seine Erlebnisse, weil



er nicht will, „dass die Holocaust-Leugner ohne Widerspruch ihre Lügen verbreiten können“.

Einen besonderen Schwerpunkt setzte der Landtag mit der Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“ der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) sowie der Stiftungen Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Topographie des Terrors, die mit der Gedenkstunde eröffnet wurde. Sie erinnert an die Verfolgung und Ermordung von Hunderttausenden Kranken und Behinderten während der NS-Zeit – Opfer, die in den Jahrzehnten nach 1945 „viel zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit erfahren haben“, wie es Prof. Dr. Wolfgang Gaebel, Ärztlicher Direktor des LVR-Klinikums Düsseldorf/Kliniken der Heinrich-Heine-Universität und Vorstandsmitglied der DGPPN, betonte. Erst in den 1980er-Jahren hatte das öffentliche Erinnern an die Verbrechen der sogenannten Euthanasie begonnen.

Eines der Opfer war Benjamin Traub, der am 13. März 1941 in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet wurde. Stellvertretend für alle Opfer erinnerte sein Neffe, Dr. Hartmut Traub, an ihn, den begabten jungen Mann, der aufgrund der Diagnose „Jugend-Schizophrenie“ in eine Heil- und Pflegeanstalt kam – aufgrund eines „diffusen, facettenreichen und für den weiteren Lebensweg meines Onkels schicksalhaften Krankheitsbildes“.

In der vorliegenden Publikation dokumentiert der Landtag Nordrhein-Westfalen die sechs Reden der Gedenkveranstaltung. Ergänzt werden die Texte durch ein Interview mit dem Hauptredner des Abends, dem Historiker Prof. Dr. Aly, einem Gespräch mit Dr. Traub über das Schicksal seines ermordeten Onkels Benjamin sowie weiteren Informationen über die Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“.

„Was uns sprachlos macht, zwingt uns zu reden“

Carina Gödecke, Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

„Auschwitz ist ein Wendepunkt, eine Zäsur, eine Mutation von ungeheurer Dimension. Seit Auschwitz ist alles Menschliche nicht mehr so, wie es einst war. Seit Auschwitz ist nichts mehr so, wie es einmal war.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste!

Mit diesen tiefgreifenden wie bewegenden Worten von Elie Wiesel, Auschwitzüberlebender und Friedensnobelpreisträger, begrüße ich Sie im Landtag Nordrhein-Westfalen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und danke für Ihr Kommen.

Wir verbinden mit dieser Gedenkstunde die Eröffnung der Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde.

Mein besonderer Gruß und Dank gelten den Personen, die an der Gestaltung dieser Gedenkstunde aktiv mitwirken. Das sind:

- der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Thomas Geisel,
- der Historiker Prof. Dr. Götz Aly, Berlin,
- der Ärztliche Direktor des LVR-Klinikums und der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Herr Prof. Dr. Wolfgang Gaebel,
- sowie Dr. Hartmut Traub, Neffe von Benjamin Traub, der 1941 in der NS-Tötungsanstalt Hadamar ermordet wurde.



Ebenso danke ich dem Apollon-Quintett für die musikalische Umrahmung dieser Gedenkstunde.

Wenn wir heute, 70 Jahre nach dem 27. Januar 1945, zusammenkommen, hätten wir da nicht allen Grund zu schweigen? Wo sich Trauer, Scham, Klage und Anklage aufdrängen, vermögen Worte Vieles nicht zu sagen. Doch wie sagte Elie Wiesel: „Schweigen und Gleichgültigkeit sind die allergrößten Vergehen.“ Wer hier schweigt, kann – auch ohne es zu wollen – am Verschweigen mitwirken. Das, was uns sprachlos macht, zwingt uns deshalb zu reden.

„Diese Geschichte ist auch unsere Geschichte“

Konnte der Landtag vor 20 Jahren anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz mit dem inzwischen verstorbenen Hermann Langbein noch einen Zeitzeugen einladen, der Auschwitz überlebt hatte, so ist dies heute kaum noch möglich.

Ich bin daher sehr dankbar, dass wir heute Herrn Harry Radzyner als Zeitzeugen und Auschwitz-Überlebenden in unserer Mitte begrüßen dürfen. Herr Radzyner, Ihre Teilnahme ist uns eine große Ehre. Seien Sie uns herzlich im Landtag Nordrhein-Westfalen willkommen!

Hermann Langbein forderte uns eindringlich vor 20 Jahren auf, die Erinnerung wachzuhalten, gerade weil die Zeitzeugen immer weniger werden. Denn es war ein Gedanke, wie er sagte, der die gequälten Menschen in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern so sehr bewegt hat, und der lautete: „Das muss die Welt erfahren – da muss es Schlussfolgerungen geben – das darf sich nicht wiederholen.“ Dafür tragen wir heute Verantwortung: die Verantwortung, unser oberstes Verfassungsgebot „die Würde des Menschen ist unantastbar“ zur Richtschnur unseres Handelns zu machen.

Wir erinnern uns: Als am 27. Januar 1945 sowjetische Soldaten das Konzentrationslager Auschwitz erreichten, fanden sie nur noch wenige Tausend Überlebende. Zehntausende waren kurz zuvor von der SS aus dem Lager auf den Marsch in den Tod getrieben worden.

Aber auch das Leiden der Menschen in den Lagern war noch nicht beendet. Viele starben an Entkräftung. Und die, die überlebten, waren traumatisiert, voller Trauer um ihre Lieben, ohne Heimat.

„Wir hatten das Gefühl“, so beschrieb es die ehemalige Präsidentin des Europaparlaments, Simone Veil, als Überlebende von Auschwitz, „jede Menschlichkeit und jeden Lebensmut verloren zu haben. Wir waren allein, und dies umso mehr, als keiner wissen und hören wollte, was wir erlebt haben.“

Über Jahre wurden in Auschwitz-Birkenau und anderen Vernichtungslagern Menschen gedemütigt, gequält, vernichtet. Wir gedenken aller Opfer des Nationalsozialismus, darunter sechs Millionen Juden.

Wir, die Nachgeborenen, die Söhne, Töchter und Enkel, die kommenden Generationen, wir tragen keine persönliche, individuelle Schuld. Aber wir können und wir dürfen uns nicht dem Erbe dieser Schuld entziehen.

Diese Geschichte ist auch unsere Geschichte. Sie hat uns geprägt. Wir können und wollen uns von ihr nicht verabschieden, denn es ist unsere Verantwortung, nicht zu vergessen.

Helmut Schmidt hat das für meine Generation und für die jungen Menschen so formuliert: „Sie könnten noch nachträglich mitschuldig werden, wenn sie diese Verantwortung nicht erkennen.“

Ja, wir haben dieses Erbe angenommen und tragen es. Deshalb dürfen wir auch aufrechten Ganges die Versöhnung suchen.

Meine Damen und Herren, wir alle sind dankbar und froh, dass trotz des dunkelsten Kapitels unserer Geschichte Juden in stetig wachsenden Gemeinden wieder mit uns leben. Umso tiefer haben uns

„Wachsam sein“

die Attacken auf Juden und jüdische Einrichtungen erschüttert. Ja, wir haben sie uns nach 1945 nicht mehr vorstellen können.

Sprüche wie „Juden ins Gas“, körperliche Angriffe auf offener Straße, Anschläge auf Synagogen – für alle anständigen Menschen in unserem Land einfach unerträglich.

Umso verständlicher sind die verunsicherten Reaktionen auf jüdischer Seite, die die Frage einschließen: Kann sich die Geschichte vielleicht doch wiederholen?

Das ist für uns, die wir die Nachkriegsgeneration repräsentieren und froh waren, dass Deutschland so intensiv seine Vergangenheit aufgearbeitet hat, eine Erfahrung, die bis an die Schmerzgrenze reicht. Sind wir vielleicht die nächste Generation, die sich fragen lassen muss: „Was habt Ihr dagegen getan?“

Für mich wird daran einmal mehr deutlich, wie nötig und aktuell unsere steten Appelle sind, sich unserer Geschichte zu besinnen und für die Gegenwart eindeutig Stellung zu beziehen.

Es ist ganz gleichgültig, wie sich die Antisemiten nennen oder woher sie kommen: Wie auch immer Antisemitismus sich tarnt – er bleibt böseartig und hässlich. Und es bedarf unseres Widerspruchs.

Vor dem Hintergrund unserer Geschichte haben wir für alle Zeit die Aufgabe, unsere Werte der Menschenrechte, der Glaubens- und Meinungsfreiheit, der Vielfalt sowie der Toleranz und Menschlichkeit kompromisslos zu verteidigen.

Wir sind froh, verehrter, lieber Herr Dr. Horowitz, die Juden in unserer Mitte zu wissen. Jeder Angriff auf sie ist ein Angriff auf uns, jede Beleidigung ist eine Beleidigung von uns allen. Das werden wir nicht zulassen, dagegen wehren wir uns.

Meine Damen und Herren, der 27. Januar ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus – an alle Opfer:

- Menschen jüdischen Glaubens
- Sinti und Roma
- Politisch Verfolgte und Menschen, die Widerstand geleistet haben
- Homosexuelle
- Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter
- Kriegsgefangene
- Kranke und behinderte Menschen.

Auf letztere Gruppe richten wir heute unsere Blicke in besonderem Maße, weil sie oftmals nicht genügend Aufmerksamkeit erhält und die Angehörigen lange um deren Anerkennung als Opfer kämpfen mussten. Kranke und behinderte Menschen gehörten zu den Verfolgten des Nationalsozialismus.

Nach der Machtübernahme 1933 erfolgte die Gleichschaltung zur „Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater“. In diese Zeit fällt das dunkelste Kapitel der deutschen Psychiatrie: So waren Psychiater maßgeblich an der Zwangssterilisierung von mehr als 360.000 vor allem psychisch kranken Menschen beteiligt. Schließlich wurden zwischen 1939 und 1945 mindestens 250.000 psychisch Kranke und Behinderte als „unwertes Leben“ klassifiziert und Opfer der systematischen Krankentötungen.



Die Opfer der „Euthanasie“ blieben häufig namenlos. Das will die Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ ändern.

Die Ausstellung der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) beschäftigt sich umfassend mit diesen Verbrechen. Sie nennt Namen – von Opfern wie von Tätern. Und sie wirft auch einen Blick auf die nach 1945 lange ausgebliebene Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Ich danke Ihnen, Herr Prof. Frank Schneider als Vorstandsmitglied der DGPPN, sehr herzlich dafür, dass wir die Ausstellung im Landtag Nordrhein-Westfalen zeigen können. Sie wird noch bis zum 6. März zu sehen sein. Und ich erhoffe mir eine große Zahl an Besuchern, insbesondere auch von Schülerinnen und Schülern, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Ich danke auch Ihnen, Frau Direktorin Ulrike Lubek, dass sich der Landschaftsverband Rheinland mit seiner Zuständigkeit und Kompetenz für Menschen mit psychischen Erkrankungen mit in diese Gedenkstunde einbringt.

Meine Damen und Herren, der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus bleibt dauerhaft notwendig. Er weist mit den furchtbaren Bildern, die wir alle im Kopf haben, darauf hin, wie schnell es zu einem Bruch der Zivilisation kommen kann. Dieser Gedenktag ist notwendig, weil viel zu viele Menschen damals weggeschaut haben – und viel zu wenige widerstanden haben. Deshalb verbindet sich mit diesem Tag auch die Mahnung, wachsam zu sein gegen alle Tendenzen der Intoleranz, des Rassismus und der Feindseligkeit gegenüber Menschen, die anders sind. Lassen Sie uns diese Menschen in unsere schützende Mitte nehmen!

„Ich höre mit Abscheu die Parolen der Neonazis“

Harry Radzyner, Holocaust-Überlebender

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wohne seit 54 Jahren in Düsseldorf, habe aber nie über Auschwitz gesprochen. Denn es gab viele andere, die Zeitzeugen waren, und ich wollte mich nicht vordrängen. Jetzt ist leider der Zeitpunkt gekommen, wo die Älteren von uns gegangen sind, und ich gehöre mit meinen 81 Jahren zu der letzten Generation der KZ- und Auschwitz-Überlebenden. Ich möchte nicht, dass die Holocaust-Leugner ohne Widerspruch ihre Lügen verbreiten können.

Ich erinnere an die Worte von General Eisenhower nach der Befreiung von Buchenwald, wo er befahl, alles zu fotografieren. Er sagte: „Irgendwann, wenn wir nicht mehr hier sind, wird irgendein Idiot be-

haupten, dass das Ganze nicht geschah. Dem müssen wir entgegentreten.“

Ich bin in Lodz geboren und der Zweite Weltkrieg begann, als ich sechs Jahre alt war. Lodz war eine Stadt mit einer gemischten Bevölkerungsstruktur. Von den über 600.000 Einwohnern waren etwa 300.000 Polen, 120.000 Deutsche und über 200.000 Juden. Übrigens war mein Großvater Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde wie auch Mitglied des polnischen Parlaments, des Sejm.

Während mein Großvater nach Wilna floh, wurden wir, das heißt meine ganze Familie, ins Ghetto eingesperrt. Da arbeiteten alle für die Ghetto-Verwaltung und produzierten Uniformen und Metallteile



Landtagspräsidentin Gödecke dankt dem Holocaust-Überlebenden Radzyner für seine bewegende Rede.

„Überleben war reine Glückssache“

für die Wehrmacht. Ich, als Achtjähriger, arbeitete an einer Stanze und presste Stoßplatten für die Schuhe der Wehrmacht. Von den etwa 200.000 Eingesperrten sind über 40.000 im Ghetto verhungert, weitere etwa 100.000 sind bei diversen Razzien in Vernichtungslager abtransportiert worden und dann in Lkw mit Auspuffgasen vergiftet worden.

Im August 1944 wurde das Ghetto Lodz liquidiert und die Menschen wurden in Viehwaggons nach Auschwitz-Birkenau verfrachtet. Da meine Familie seit Generationen im Metallbau- und -handel tätig war, kamen wir mit einem Sondertransport nach Auschwitz. Der Sinn der Sache war, dass die Ghettoverwaltung unter der Führung von Hans Biebow, ein Kaffeeröster aus Bremen, eine Fabrik zur Herstellung von Kerngeschossen für Maschinenpistolen bei Posen errichten wollte.

Wir Häftlinge dieses Transports waren alle bestimmt für diese Arbeit und wurden in Auschwitz weder selektiert noch tätowiert. Nach Ankunft wurden wir zuerst am ganzen Körper rasiert und in gestreifte Häftlingsanzüge gesteckt. Da es für mich keine Holzschuhe in meiner Größe gab, durfte ich meine alten behalten. Wir blieben etwa vier Tage in Auschwitz und konnten alles sehen, was im Lager vor sich ging.

Wir kamen alle in das sogenannte Zigeunerlager in Birkenau, Block 4, und der Blockälteste hieß „Blutiger Olek“. Die Geschichten, die wir da von anderen Häftlingen hörten, könnten Bände füllen. Ich habe gesehen, wie die SS-Leute Häftlinge mit Hunden jagten und gemeinsam mit Kapos schunden. Das habe ich mit eigenen Augen gesehen und versuche es zu vergessen.

Nach etwa vier Tagen Auschwitz wurden wir wieder auf Viehwaggons verladen und ins KZ Stutthof bei Danzig gebracht. In Stutthof wurden wir selektiert und binnen drei Monaten war etwa die Hälfte von uns tot.

Im November 1944 ging es weiter nach Dresden in ein Außenlager des KZ Flossenbürg, wo die Fabrik aufgestellt wurde. Wir arbeiteten zwölf Stunden am Tag, sechs Tage die Woche, und viele verhungerten – so meine 39-jährige Mutter und andere Freunde und Verwandte. Mit elf Jahren wog ich 32 Kilo und musste Kisten mit Kerngeschossen von 64 Kilogramm heben, um meine Pfeilmaschine zu füttern. Es war eine grausame Zeit und das Überleben reine Glückssache.

Heute höre ich mit Abscheu die Parolen der Neonazis und werde sie bis aufs Letzte bekämpfen.

„Wir gedenken der vielen Millionen Ermordeten“

Thomas Geisel, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrter Herr Dr. Traub,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Aly,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Gaebel,
verehrte Damen und Herren Abgeordnete,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 70. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau gedenken wir hier im nordrhein-westfälischen Landtag gemeinsam der vielen Millionen von den Nationalsozialisten ermordeten Menschen aus ganz Europa.

Wir gedenken an diesem Tag der Menschen, die aus ganz verschiedenen Gründen ermordet wurden. Zugleich werden wir heute eine Ausstellung eröffnen, die den Mord an den Psychatriepatientinnen und -patienten sowie an den Menschen mit geistigen Behinderungen darstellt.

Dies mag zunächst einmal verwundern, denn Auschwitz war und ist der Ort, der sinnbildlich für den Mord an den europäischen Juden steht. Daher möchte ich aufzeigen, wie diese beiden Themenfelder zueinander gehören und sich im Sinne unseres Gedenkens miteinander vereinbaren lassen.

Der 1914 hier in Düsseldorf geborene Kurt Hubert Franz ist hierbei eine jener Schlüsselfiguren, deren Biografien diese Verbindungslinien deutlich machen. Einer abgebrochenen Kochlehre und anderen Hilfsdiensten, mit denen er sich in Düsseldorf über Wasser hielt, folgten seine Einberufung zur Wehrmacht und seine freiwillige Bewerbung bei den SS-Totenkopfverbänden. Diese waren für die Bewachung der Konzentrationslager zuständig.

Kurt Franz begann eine besondere Täterkarriere: Zunächst versah er seinen Dienst im KZ Buchenwald. Im September 1939 – der Zweite Weltkrieg hatte gerade begonnen – suchten die Bevollmächtigten und Staatssekretäre, die fortan mit der „Aktion-T4“ betraut wurden, nach geeignetem Personal für die Mordaktion an den psychisch Kranken und Behinderten. Und so wurde Kurt Franz in den Tötungsanstalten der T4-Aktion Grafeneck, Brandenburg, Hartheim bei Linz und Sonnenstein eingesetzt. In den Gaskammern dieser Häuser wurden mindestens 70.000 unschuldige Menschen ermordet – und Kurt Franz war ein Rad im Getriebe dieser schrecklichen Taten.

Nach einem weiteren Aufstieg in der SS-Hierarchie orderte man Franz in das besetzte Polen ab, in dem sich ab Anfang 1942 eine neue, eine noch viel ungeheuerlichere Aktion der Nationalsozialisten abspielte: die gezielte Ermordung aller Juden im sogenannten Generalgouvernement. Nach einer Zwischenstation im Vernichtungslager Belzec kam er schließlich an den Tötungsort Treblinka. Dort stieg Franz rasch zum Stellvertreter des Lagerkommandanten und dann sogar zum Kommandanten auf.

Es war der 2012 verstorbene Historiker Henry Friedlander, der vor rund 20 Jahren in seinem Werk „Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung“ zum ersten Mal darauf hinwies, wie stark das Personal der Patientenmorde wenige Jahre später in den Holocaust und die Mordabläufe in Polen involviert war. Friedlander konnte nachweisen, dass die Shoa technisch und logistisch nicht ohne das Know-how dieser Männer, der Ärzte und SS-Experten, Chemiker, Techniker und Wachleute, möglich gewesen wäre. Als eine Art Vorlauf zum

„Die Verbrechen wurden verschwiegen“

Judenmord sei der Mord an den Kranken und Behinderten einzuordnen. Und auch die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz beruhten in ihrer ebenso perfiden wie auch perversen Perfektion auf den Erfahrungen, die das T4-Personal in den Tötungsanstalten gemacht hatte.

Auch Ihre wissenschaftlichen Betätigungsfelder, Herr Prof. Aly, sind beiden Themen gleichermaßen verpflichtet. Sie forschen ebenfalls sowohl zum Judenmord als auch zu den Verbrechen an den Patientinnen und Patienten. Ihr 2013 erschienenes Buch „Die Belasteten: Euthanasie 1939-1945. Eine Gesellschaftsgeschichte“ wurde in Deutschland zum Bestseller.

Kurt Hubert Franz, der 1965 im Treblinka-Prozess vom Landgericht Düsseldorf wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens 300.000 Personen, wegen Mordes an mindestens 139 Personen und wegen versuchten Mordes zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, war einer dieser Fachleute, deren sogenanntes Fachwissen das Töten von Menschen war.

Ohne jedes Schuldbewusstsein, ohne die Erkenntnis, sowohl an den Kranken als auch an den jüdischen Menschen schwerstes Unrecht und fürchterliche Verbrechen begangen zu haben, starb Kurt Franz 1998 als freier Mann. Für seine Taten bei den Euthanasieverbrechen war er hingegen nie zur Rechenschaft gezogen worden. Dies gilt übrigens auch für viele Ärzte, Schwestern und sonstige Helfer. Die Verbrechen wurden verschwiegen.

Deswegen danke ich Ihnen, Frau Präsidentin Gödecke, dass Sie diese wichtige Ausstellung an so



prominenter Stelle im Landtag der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Meine Damen und Herren, wenn wir die historischen Zusammenhänge und ihre tief greifenden Nachwirkungen begreifen, wird uns deutlich, dass es richtig und wichtig ist, dass dieser heutige Gedenktag allen Opfern des verbrecherischen NS-Regimes gleichermaßen gewidmet ist.

Wir müssen sie alle – die vielen Einzelnen, die Männer, Frauen und Kinder, die ermordet wurden – in unser Gedenken einschließen. Dass wir dies tun, ist nötig. Wir schulden dies nicht nur ihnen und ihren Angehörigen oder Hinterbliebenen. Wir tun dies auch im Hinblick auf heutiges und zukünftiges Unrecht, das Menschen bei uns und überall auf der Welt widerfährt. Ich danke Ihnen.



„In Stein Geschriebenes überdauert Generationen“

Dr. Hartmut Traub, Angehöriger eines Opfers

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich lese einige Abschnitte aus dem Buch „Ein Stolperstein für Benjamin!“. Ein Buch, das ich den namenlosen Opfern der NS-„Euthanasie“ gewidmet habe.

Die Aktion „Stolpersteine“

Steine sind Zeichen der Erinnerung. Von alters her. Auf Gräbern und an heiligen Orten. Aus ihrem Stand in der Gegenwart weisen sie in oftmals weit zurückliegende Vergangenheit. So verbinden sie das Einst mit dem Jetzt. In Stein Geschriebenes überdauert Generationen. Es kann gelesen und bedacht werden, lange nach den Ereignissen, an die die Inschriften erinnern. An Gedenksteinen materialisiert sich Geschichte.

Auch Stolpersteine stehen in dieser Tradition. Vor unserer Haustüre, auf unseren Wegen verbinden sie den allgemeinen, oft nur in abstrakten Zahlenkolonnen erfassten Terror der NS-Zeit mit konkreten Lebensläufen und persönlichen Leidenswegen von Nachbarn und Mitbewohnern unserer Städte und Ortschaften.

Mit seiner Inschrift entreißt der Stolperstein ein Opfer dem namenlosen Unheil und der Gesichtlosigkeit der Leidensgeschichte von Millionen. So hilft der Stein, die Würde eines Menschen, der an diesem Ort Opfer brutaler Menschenverachtung wurde, wieder aufzurichten. Und sei es nur in unserem Gedenken.

Benjamins Kindheit

Mein Onkel Benjamin erblickte am 25. November 1914 das Licht der Welt. Seine Eltern, Karl-Friedrich



und Karoline Traub, sowie seine drei Brüder, Daniel, Werner und Walter, wohnten in Mülheim an der Ruhr auf dem Blötterweg 6 im Stadtteil Speldorf.

Vater Karl war Prediger und Gemeindeleiter zweier baptistischer Gemeinden, einer in Duisburg und einer in Mülheim. Er war ein heiterer und witziger Theologe und auch ein philosophisch gebildeter Poet.

Benjamins Mutter Lina war eine fleißige Hauswirtschafterin. Auch sie hatte künstlerische Begabungen. Sie spielte Klavier und zeichnete.

¹ Hartmut Traub, Ein Stolperstein für Benjamin. Den namenlosen Opfern der NS-„Euthanasie“, Essen: Klartext, 2013.

Das Milieu, in dem mein Onkel aufwuchs, prägte ein bildungsbürgerlich-musischer Geist, vom christlichen Glauben durchzogen und getragen.

Benjamin war ein begabtes Kind. Er lernte früh Klavier- und Geigespielen, begeisterte sich fürs Schachspiel, sammelte Briefmarken und schrieb Gedichte.

Ab 1925 besuchte er die Oberrealschule in Mülheim, das heutige Karl-Ziegler-Gymnasium. Als Schüler machte er seine Hausaufgaben, schrieb Klassenarbeiten und bekam Zeugnisse, keine schlechten. Fotos aus dieser Zeit zeigen ihn lachend mit seinen Brüdern oder mit Kindern aus der Nachbarschaft auf Ausflügen an der Ruhr oder im nahegelegenen Wittbusch. Sie nannten ihn Beni.

Ausbruch der Krankheit

Über den Ausbruch seiner Krankheit ist wenig bekannt. Benjamins Krankenakte wurde nach seinem Tod vernichtet. Eines der verbliebenen Dokumente dieser Zeit, das uns etwas über eine Veränderung in seinem Leben berichtet, ist ein lapidarer Eintrag im Abgangsbuch der Oberrealschule in Mülheim. Dort heißt es, unter dem Datum vom 29. August 1931, kurz: „Benjamin Traub wurde während der Sommerferien geistesgestört.“

Was in diesem Sommer geschah, wissen wir nicht genau; aber eine Geschichte, die seine Mutter uns Enkeln erzählte, könnte damit zusammenhängen. Mein Onkel habe, wie man so sagt, „zwei linke Hände“ gehabt. Beim Holzspalten habe er sich mit dem Beil eine Fingerkuppe abgehackt.

Nach diesem Unfall veränderte sich sein Verhalten. Die Verletzung durchkreuzte seine Zukunftspläne. Beni wollte Musiker, entweder Geiger oder Pianist, werden. Die Verzweiflung, die Wut und die Ohnmacht, die dieses Unglück für ihn bedeuteten, sind gut zu verstehen. Mit einem Schlag schien seine Zu-

kunft zerstört. Was hatte das Leben noch für einen Sinn, wenn er nicht mehr das werden konnte, was er sein wollte und hätte sein können? Ausdruck der Verzweiflung und ohnmächtigen Wut waren seine Selbsttötungsversuche.

Die Familie war mit seiner Beaufsichtigung zunehmend überfordert. Benjamin kam in Behandlung. Er verließ die Schule und wurde am 29. August 1931 in die Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau eingewiesen.

Diagnose: Jugend-Schizophrenie. Ein diffuses, facettenreiches und für den weiteren Lebensweg meines Onkels schicksalhafter Krankheitsbild.

Die Tötungsanstalten

In einer arisierten Villa in Berlin, auf der Tiergartenstraße 4, da, wo heute die Philharmonie steht, arbeitete ab dem Frühjahr 1940 die nach ihrer Adresse benannte „T4“-Zentrale. Mit der „Aktion-T4“ begann der Nationalsozialismus, Hitlers rassenhygienische Ideen von Zucht und Züchtung, von Selektion und „Ausmerze“ durch massenhafte Tötung spezieller Patientengruppen aus Heil- und Pflegeanstalten systematisch umzusetzen.

Ziel der Aktion: die Endlösung der Behindertenfrage. Die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ und sogenannter Ballastexistenzen, Menschen, um die sich Politik und Gesellschaft nicht mehr kümmern, die sie einfach nur noch loswerden wollten.

Nach Krankheitsbild und Verweildauer in Bedburg-Hau gehörte mein Onkel zum Kreis der Patienten, die für den Gastod in einer der bis 1940 fertiggestellten Tötungsanstalten bestimmt waren. Ihm konnte man, wie es damals hieß, den „Gnadentod“ gewähren.

Im März 1940 wurde Benjamin in einem Transport von 115 Patienten von Bedburg in die „Zwischen-

„Eine Flucht ist unmöglich“

anstalt“ Weilmünster verlegt. In den katastrophalen Verhältnissen dieser Anstalt kamen bis zum Ende des Krieges allein 3.000 Patienten durch Verhungern, Misshandlung und Verwahrlosung um. Regelmäßige Besuche seiner Mutter und seiner Brüder sowie seine Verwendung als Arbeitskraft waren womöglich die Gründe dafür, dass Benjamin in dieser Vorhölle immerhin ein ganzes Jahr lang überlebte.

13. März 1941

Für 64 Patienten der „Heilanstalt“ Weilmünster ist das der letzte Tag ihres Lebens. Alle möglichen Gründe für eine Zurückstellung von der Todesliste zählen nicht mehr. Das System der Mordmaschinerie von „T4“ nähert sich bei ihnen seinem politisch gesteckten Ziel: „Ausmerze“. Auch diese letzte Stufe der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ ist von den Konstrukteuren der „T4-Aktion“ bis ins Detail durchorganisiert. „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“, schreibt Paul Celan. Und dieser Tod ist ein besonderer.

Auf dem Hof von Weilmünster warten die grauen Busse der „Gemeinnützigen Krankentransport GmbH“, um die Todeskandidaten aufzunehmen.

Während sie sich, wie der Anstaltsleiter später zu Protokoll geben wird, auf den Busausflug freuen, ihn gar auffordern einzusteigen und ein bisschen mitzufahren, ist in der Tötungsanstalt Hadamar alles auf die Ankunft der Neuen vorbereitet.

Für das examinierte Heil- und Pflegepersonal der „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege“ ist dieser Tag ein normaler Arbeitstag: Menschen-Vernichtungs-Routine – durchgeführt an 60 Patienten

täglich, und das bereits seit mehreren Monaten. Arglos steigen Benjamin und seine Schicksalsgenossen in Weilmünster in die Busse.

Etwa 30 Kilometer geht die Fahrt durch die vorfrühlingshafte Hügellandschaft des Taunus, Richtung Westen. Nach etwa einer Stunde erreichen sie Hadamar. Die Busse parken in der Garagenhalle der Anstalt ein. Die Tore werden geschlossen. Jetzt erst dürfen die Insassen aussteigen. Ihre Ankunft wird abgeschirmt. Eine Flucht ist unmöglich. Durch einen eigens zu diesem Zweck gebauten Schleusengang gelangen sie aus der Garage direkt ins Hauptgebäude der Anstalt.

Aufnahmeuntersuchung: Entkleidung, Vorstellung beim Arzt, Einsichtnahme in die Krankenakte, Fotos, Vermerke – Anstaltsalltag, wie es scheint.

Aber das, was vermerkt wird, verrät, worum es hier eigentlich geht: Feststellung einer tödlichen Krankheit für den Totenschein, die sich aus der Krankenakte erklären lässt. Registrierung von Goldzähnen. Hinweise auf „wissenschaftlich“ interessante Krankheitsfälle. Untersuchung beendet. Aber: Vor dem Ankleiden noch in die Dusche.

„Pfleger“ treiben die Gruppe über eine schmale, dunkle Treppe hinab in die „Duschkabine“ im Keller – eine etwa drei mal fünf Meter große, weißgeflieste Kammer.

Benjamin steht jetzt eingezwängt mit 63 nackten Männern auf engstem Raum. Die Türe wird geschlossen. Was mag in den eingepferchten Menschen vor sich gehen? Angst, Panik? Was riechen sie? Was

„Er verliert das Bewusstsein“

hören sie? Mit wem stehen sie dicht bei dicht? Viel Zeit zu reagieren haben sie nicht.

Dr. Günter Hennecke, der diensthabende Arzt, öffnet das Ventil der außerhalb des Raumes depolierten Gasflasche. Aus der „Wasserleitung“ in der Duschkabine strömt Kohlenmonoxid. Benjamin wird es übel. Er verliert das Bewusstsein. Nach wenigen Minuten sind er und seine 63 Leidensgenossen am Gas erstickt. Durch ein Kontrollfenster bewacht das Personal den Ablauf des Massenmords.

Was sie sehen, haben sie anderenorts zu Protokoll gegeben: „Durch ein Guckloch konnte ich beobachten, dass nach etwa einer Minute die Menschen umkippten oder auf Bänken lagen. Es haben sich keinerlei Szenen oder Tumulte abgespielt. Nach weiteren fünf Minuten wurde der Raum entlüftet.“

Das „technische Personal“ schleift nun die toten Körper aus der Gaskammer. Im Sezierraum werden den vorher registrierten Goldzahnträgern die Goldzähne gezogen, den wissenschaftlich interessanten Fällen wird das Gehirn entnommen. Unterdessen haben die „Brenner“, die Männer an den beiden Öfen des Krematoriums von Hadamar, mit ihrer Arbeit begonnen.

Hubert Gomerski, „Brenner“ in Hadamar und später im Juden-Vernichtungslager Sobibor, berichtet bei seiner Vernehmung am 27. Februar 1947: „Dann habe ich geholfen, Leichen zu verbrennen. [...] Es waren ungefähr 40 bis 60 Stück. Auf einer blechernen Tragbahre wurden sie zum Ofen gebracht. Es dauerte ungefähr 30 bis 40 Minuten, bis eine Leiche verbrannt war. Es wurde tags und nachts gearbeitet, bis die Leichen weg waren.“

Auch Benjamins lebloser Körper wird am 13. März 1941 aus der Gaskammer in das Krematorium geschleift und verbrannt.

Im Rahmen der zentralisierten Massenmordaktion von „T4“ wurden im Vernichtungskeller von Hadamar von Januar bis August 1941 insgesamt 10.113 Männer, Frauen und Kinder mit Gas umgebracht und in den beiden Krematoriumsöfen verbrannt.

Über der Stadt Hadamar stand über sechs Monate lang – gut sichtbar – die dunkle Rauchsäule des Krematoriums der Tötungsanstalt auf dem Mönchberg.

Die Zahl der Opfer der „Aktion-T4“ wird mit über 200.000 angegeben. Ihnen verweigert die Bundesrepublik bis heute die Anerkennung als Verfolgte des Nationalsozialismus. Ihre Leidensgeschichte wurde in der Gesellschaft der Bundesrepublik und in ihren Familien lange verdrängt und verschwiegen. Auch in meiner Familie war Benjamin über Jahrzehnte kein Thema.

Von den Tätern wurden nur wenige zur Rechenschaft gezogen. Die meisten von ihnen haben unbehelligt in der Bundesrepublik gelebt und gearbeitet. Manche haben als Professoren, Universitäts-Rektoren und Politik-Berater Karriere gemacht. Dieses Unrecht der deutschen Nachkriegsgeschichte nennt der Publizist Ralph Giordano „Die zweite Schuld“. Es ist eine Schuld, deren Aufarbeitung und Abtragung in Politik, Gesellschaft und in den Familien der Opfer auch 70 Jahre nach dem Ende des Nazi-Terrors keineswegs als abgeschlossen gelten kann.

Ich bitte Sie, sich für einen Augenblick stillen Gedenkens zu erheben.



Ein Bild von Benjamin Traub im Plenarsaal.
Sein Neffe, Dr. Hartmut Traub, hatte es neben
das Rednerpult gestellt.

„Menschen, die man vergisst, sterben ein zweites Mal“

Dr. Hartmut Traub über seine Beweggründe, das Schicksal seines Onkels Benjamin zu erforschen

Benjamin ist ein kluges Kind. Er spielt sehr gut Klavier und leidenschaftlich Schach, in der Schule überspringt er sogar eine Klasse. Kurz nach seinem 15. Geburtstag aber beginnen die Krampfanfälle. Die Diagnose: Jugend-Schizophrenie. Benjamin kündigt mehrfach an, aus dem Fenster zu springen. Im August 1931 wird er in die Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau am Niederrhein eingewiesen, dort bleibt er neun Jahre lang. Regelmäßig besucht er seine Familie in dieser Zeit, spielt und musiziert mit den Geschwistern. Am 7. März 1940 wird er

nach Weilmünster in Hessen verlegt, am 13. März 1941 in die nahe gelegene Tötungsanstalt Hadamar. Noch am selben Tag stirbt er dort im Gas. Benjamin Traub, geboren am 25. November 1914 in Mülheim an der Ruhr, wird 26 Jahre alt.

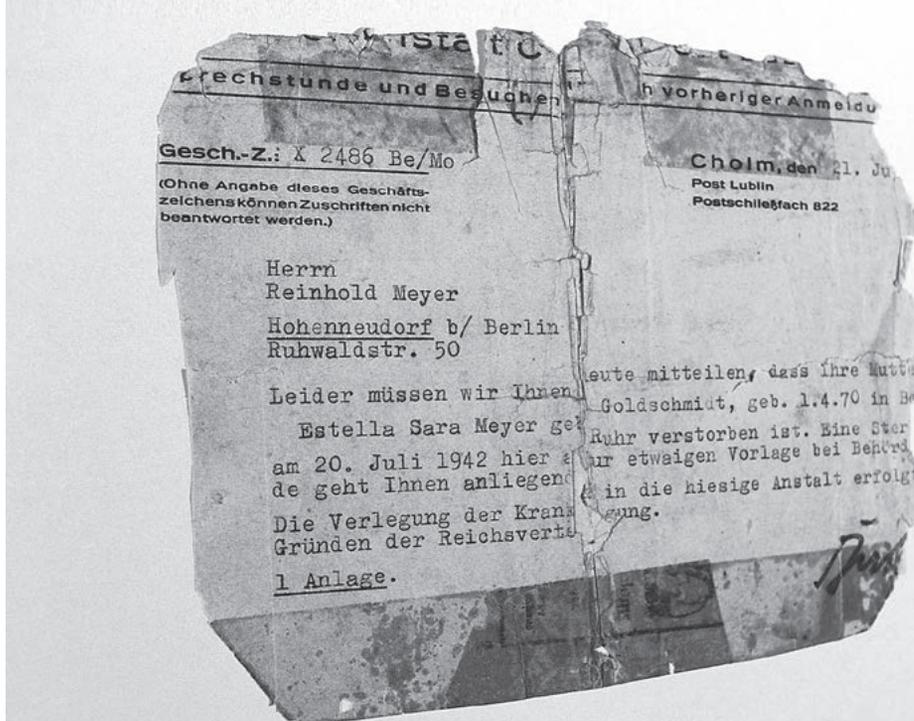
Ein Stolperstein vor dem Haus Auerstraße 59 erinnert an ihn, es ist der hundertste, der in Mülheim verlegt wurde. Stolpersteine – das sind Gedenktafeln aus Messing mit den Lebens- und Sterbedaten von NS-Opfern. Sie werden vor dem letzten selbst gewählten Wohnort in den Bürgersteig eingelassen. Der Aktionskreis, der sich in Mülheim um die Verlegung der Steine kümmert, bat Dr. Hartmut Traub, Benjamins Neffen, um Zustimmung. Er war einverstanden. Man fragte ihn aber auch: „Wer war Ihr Onkel?“

„Benjamin war der jüngste Bruder meines Vaters, das wusste ich. Viel mehr aber nicht“, sagt der heute 62-Jährige.

Traub beginnt zu recherchieren. Er liest die Tagebücher seines Vaters, 40 Bände, er sucht in alten Fotoalben nach Spuren von Benjamin. Er findet nicht viel. Sein Vater habe nie über Benjamin gesprochen, erzählt Hartmut Traub. Der Vater – ein Künstler, ein hoch emotionaler Mensch, aber auch, wie der Sohn sagt, ein großer Verdränger von Konflikten mit ambivalentem Verhältnis zum Nationalsozialismus. Der als erwachsener Mann in den Zweiten Weltkrieg zieht und die Zeit später rosig schildert. Wie er den Krieg beschreibt, so malt er ihn auch: wunderschöne, ruhige, russische Winterlandschaften. Soldaten am Strand, Melonen essend. Da sind aber auch die Albträume, die er den Tagebüchern anvertraut. Wie er unbewaffnet in einen russischen



Dr. Hartmut Traub, Studiendirektor, Autor philosophischer Fachbücher und Mitherausgeber einer philosophischen Zeitschrift, mit einem Foto seines Onkels Benjamin.



Eine der Todesnachrichten, mit denen die Ermordung von Kranken und Behinderten verschleiert werden sollte.

Hinterhalt gerät. Traub: „Mein Vater hat oft davon geträumt.“

In einem der Tagebücher findet Hartmut Traub die Zeichnung eines Grabsteins. Dazu hatte der Vater notiert: „Am 1. April 2 Uhr 5 Minuten ist unser Benjamin angeblich an den Folgen einer Grippe mit Hirnhautentzündung gestorben.“ Unser Benjamin. Angeblich. Das Todesdatum, die Todesursache – nichts stimmt. Viele Familien erhalten ähnliche Mitteilungen. Nach Benjamins Urnenbeisetzung verschwindet der Bruder aus den Tagebüchern.

1982 bringt sich einer der Brüder von Hartmut Traub um. Der Vater schreibt im Tagebuch vom „Bluterbe“. Ein Wort aus einer anderen Zeit.

Warum in der Familie nie über Benjamin gesprochen wurde? „Vermutlich aus Scham“, meint Dr. Hartmut Traub, das sei in vielen Familien so gewesen. Die Politik habe es lange versäumt, die Opfer der NS-„Euthanasie“ als das darzustellen, was sie waren: verfolgte und unschuldige Opfer der nationalsozialistischen Rassenideologie.

Tagebücher und Fotoalben liefern Hartmut Traub wichtige Details über Leben und Sterben seines Onkels, doch das reicht ihm nicht. Er forscht in Archiven – beim Landschaftsverband, aber auch in der heutigen Gedenkstätte Hadamar: „Als Sozialwissenschaftler hatte ich mich viel mit Auschwitz und den Nürnberger Prozessen beschäftigt. Es ist aber etwas anderes, wenn die eigene Familie betroffen ist.“ Wenn der eigene Name in den Todeslisten steht.

Hartmut Traub fühlt sich dem Onkel, den er nicht kennenlernen durfte, heute sehr nahe. In seinem Garten steht eine alte Bank; es ist die Bank, auf der Beni einst gesessen und Hausaufgaben gemacht hat. Wie Benjamin, musiziert auch der Neffe leidenschaftlich und auch er spielt gerne Schach. Wenn Hartmut Traub durch Mülheim geht, vorbei am Rathaus, am Marktplatz, an der Kirche, denkt er daran, dass dies auch die Wege seines Onkels waren. „Menschen, die man vergisst, sterben ein zweites Mal“, sagt er.

**Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
DGPPN-Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte
Menschen im Nationalsozialismus“**

27. Januar 2015, Plenarsaal und Wandelhalle des Landtags NRW

- Musik** *La Cheminée du Roi René, Op.205 (1939), IV. Satz
Darius Milhaud (1892-1974)*
- Einleitende Worte** **Carina Gödecke**
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen
- Grußwort** **Thomas Geisel**
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
- Erinnerung** **Dr. Hartmut Traub***
- Musik** *Kleine Kammermusik op. 24/2 (1922), 3. Satz
Paul Hindemith (1895-1963)*
- Ansprache** **Prof. Dr. Götz Aly**
Historiker, Berlin

Musik *Fantasie in F-Moll, Adagio und Allegro KV 595
„Ein Stück für ein Opfernwerk in einer Uhr“
Wolfgang Amadeus Mozart (1756-1791)*

Wörter zur Ausstellung **Univ.-Prof. Dr. med. Wolfgang Gendel**
Ärztlicher Direktor LVR-Klinikum Düsseldorf
Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie
Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

*Wind Quintet Op. 14 (1923), 2. Satz
Eugene Ysaÿ (1874-1954)*

*„Toussaint, der 1914 in Mülheim a.d.R.
auf dem Berg-Haus befehlend und 1941 in
der Ausstellung erwidert.“*

*„Phantasi über
die Nacht“*

„Das haben wir nicht gewusst“

Prof. Dr. Götz Aly, Historiker

Heute vor 70 Jahren verharren noch etwa 7.500 verängstigte, fast erfrorene und verhungerte Häftlinge im Konzentrationslager Auschwitz. Die letzten Wachleute waren am Morgen geflohen. Um drei Uhr nachmittags, nach Gefechten mit zurückweichenden Verbänden der Wehrmacht, erreichten zwei vermummte Gestalten das Tor von Auschwitz-Birkenau – zwei Rotarmisten der 60. Armee der I. Ukrainischen Front. 213 ihrer Kameraden waren bei den Kämpfen um Auschwitz gefallen. Ihr Maschinengewehr zogen die beiden Männer auf einem Schlitten hinter sich her. Ein Freudenschrei erhob sich aus der Menge der Gefangenen: „Die Russen sind da!“

Zwangsweise befreit wurden in diesen Wochen auch viele Zehnmillionen Deutsche, die Hitler gewählt, bejubelt oder geduldet und für ihn gekämpft hatten – insgesamt hatten 18 Millionen deutsche Männer in der Wehrmacht gedient. Sie alle mussten von sich selbst befreit werden und begriffen ihr Glück noch lange nicht. Wir Heutigen wissen: Unseren Wohlstand, unsere Freiheit, sieben Jahrzehnte des Friedens, das Glück unserer Kinder und Kindeskinder verdanken wir allein dem mit harter militärischer Gewalt erzwungenen Ende des deutschen Vernichtungs-, Raub- und Rassenkriegs. Der Dank gilt den Soldaten der Anti-Hitler-Koalition und damit auch den Soldaten der Roten Armee, die mit Abstand die größten Opfer auf sich nehmen mussten und von denen in deutscher Gefangenschaft mehr als zwei Millionen vorsätzlich und mit den Mitteln des Hungers ermordet worden sind.

Zu den Gefallenen und Ermordeten der sowjetischen Streitkräfte zählen auch 200.000 jüdische

Soldaten von insgesamt 500.000 Juden, die in der Roten Armee gekämpft hatten. In Israel feiert man den Sieg über Deutschland mit russischen Kriegs- und Partisanenliedern am 9. Mai, dem Datum der deutschen Kapitulation nach Moskauer Zeit. Gefeiert wird dieser Tag nicht irgendwo, sondern in der Gedenkstätte Yad Vashem. Obwohl der frühere israelische Ministerpräsident Menachem Begin selbst 1940 vom sowjetisch annektierten Litauen aus „als britischer Agent“ nach Sibirien verschleppt worden war, vertrat er das traditionell prosovietische Holocaustgedenken der Israelis ohne Wenn und Aber: „Verglichen mit der allgemeinen kolossalen Katastrophe unseres Volkes hat mein Unglück keine Bedeutung. Während dieser Katastrophe erwies die Sowjetunion den Juden unerwartet eine unschätzbare Hilfe. Ich werde mich immer daran erinnern und kein Jude hat das Recht, dies zu vergessen.“

Bis Ende 1944 waren in Auschwitz eine Million Menschen ermordet worden, die allermeisten, weil sie Juden waren. In der Nacht vor dem Anrücken der sowjetischen Soldaten hatten SS-Truppen das letzte Großkrematorium in Auschwitz gesprengt; die beiden anderen Krematorien waren bereits im Dezember 1944 sorgfältig zerlegt und Richtung Mauthausen verfrachtet worden. Dort, am Rand der geplanten Alpenfestung, sollte unter dem Codewort „Neu-Auschwitz“ ein zumindest gleichwertiges Vernichtungslager errichtet werden. Noch Mitte 1943 hatten die Regionalplaner in Oberschlesien damit gerechnet, dass das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz noch 10 bis 20 Jahre weiterbestehen würde. Klar ist: Von selbst oder infolge inneren Widerstands hätten die Deutschen die Politik des Mordens nicht beendet.

Sowjetische Truppen hatten im Juli 1944 das Konzentrationslager Majdanek befreit, Anfang März 1945 befreiten sie die psychiatrische Anstalt Meseritz-Obrawalde. Dort waren in der zweiten Kriegshälfte mehr als 10.000 psychisch kranke deutsche Patienten ermordet worden, auch viele aus dem Rheinland. Noch während der letzten Schlachten führte die Militärärztliche Leitung der I. Weißrussischen Front vom 16. bis 26. März 1945 eine gründliche gerichtsmedizinische Untersuchung durch. Die Berichtersteller fanden noch „etwa tausend zweifellos chronisch psychisch Kranke“ vor und erkannten sofort, dass „das Krankenhaus Obrawalde tatsächlich eine nationale Einrichtung zur Vernichtung der deutschen Bevölkerung“ gewesen war. Die sowjetischen Ärzte erstellten einen sorgfältigen, 100 Seiten langen Bericht mit anliegenden Beweisfotos von exhumierten Leichen, Zeugenvernehmungen und labormedizinischen Beweismitteln. Sie fanden ein im Bau befindliches Krematorium vor „und eine Ofentür, die der von Majdanek ähnelte“. Tatsächlich war die Tür in Meseritz von derselben Firma geliefert worden – von der Firma Kori aus der Dennewitzstraße in Berlin-Schöneberg. Neben dem noch unfertigen Ofen standen schon 5.000 Urnen für ein weiter perfektioniertes Morden bereit. Dank des schnellen Vorrückens der Roten Armee konnte diese von deutschen Ärzten, Sozialhygienikern, Klinikdirektoren und Medizinbeamten erdachte Anlage nicht mehr betrieben werden.

Von den Euthanasiemorden zum Holocaust

Am heutigen Tag wird in der Wandelhalle des nordrhein-westfälischen Landtages die Ausstellung über den Mord an dauerhaft kranken, leistungsschwachen und behinderten Menschen eröffnet. Wie hängt beides zusammen – der Holocaust und der zuvor begonnene Mord an vielen Zehntausend Geisteskranken und Behinderten aus der Mitte deutscher Familien?

Oft wird gesagt, die Vernichtung mithilfe von Gas, das Herausbrechen der Goldzähne, das Einäschern der Leichen und die etwa 100 Männer von der „Aktion-T4“, die später die Vernichtungslager für Juden – Belzec, Sobibor und Treblinka – mitbetrieben, hätten die Euthanasiemorde zum Vorlauf des Holocaust werden lassen. Solche technischen und personellen Kontinuitäten hat es gegeben. Keine Frage. Aber der entscheidende, weit unbequemere Zusammenhang wird davon verdeckt.

Vor allem lehrte der im Januar 1940 begonnene Mord an deutschen Geisteskranken die damalige deutsche Regierung eines: Ein solches Großverbrechen konnte ohne besondere Schwierigkeiten mitten in Deutschland durchgeführt werden. Weil die Deutschen den Mord an den eigenen Volksgenossen hinnahmen, gewannen ihre führenden Politiker die Zuversicht, sie würden auch größere Verbrechen ohne bedeutenden Widerspruch akzeptieren. Wer zulässt, dass die eigene an Schizophrenie leidende Tante in der Gaskammer stirbt oder der fünfjährige spastisch gelähmte Sohn die Todesspritze erhält, den wird das Schicksal der als Welt- und Volksfeinde veremten Juden nicht kümmern, der wird gleichgültig bleiben, wenn zwei Millionen sowjetische Gefangene binnen sechs Monaten verhungern, damit deutsche Soldaten und deren Familien mehr zu essen haben.

Auf den Totenscheinen der ermordeten psychisch Kranken fälschten die Vollstrecker die Ursachen fantasievoll. Sie taten das, um den Angehörigen das Leben zu erleichtern. Desgleichen wollten sie den Ärzten und Pflegern in den psychiatrischen Anstalten, den Angestellten von Krankenkassen und Fürsorgeverbänden, von Sterbegeld- und Krankenversicherungen und den sonst am Tod eines Menschen beteiligten Amtspersonen den Ausweg zwischen Nicht-Wissen-Wollen und Nicht-Wissen-Müssen offenhalten. Zu diesen Zwecken stand auf den Totenscheinen wahlweise: Grippe, Pneumonie,

„Sie wollten die Wahrheit nicht wissen“

Hirnlähmung, Erschöpfung, fieberhafte Bronchitis, Marasmus, Herzschwäche bei tobsüchtiger Erregung usw. Die frei erfundenen Angaben machten es Eltern, Geschwistern, Ehegatten und anderen Anverwandten einerseits leichter, den plötzlichen Tod eines chronisch kranken, durchaus belastenden Familienmitglieds als natürlich oder gottgegeben zu akzeptieren und sich andererseits in aller Stille zu sagen: Endlich hat unser schwer leidender Hans seinen Frieden gefunden und ist von seinen Leiden erlöst. Auf solche Weise fanden sich die meisten Familien mit dem Tod ihrer oft schwierigen, immer wieder die Aufmerksamkeit und Kraft bindenden Lieben ab, ohne viel zu fragen. Sie wollten die Wahrheit nicht wissen.

Dabei lautete die interne Anweisung an das Tötungspersonal und die Anstaltsdirektoren: Entlassungsanträgen von Angehörigen „ist in jedem Falle zu entsprechen“. Weniger als ein Prozent der Todgeweihten wurde auf diese Weise gerettet. Allerdings beschafften sich die bürokratischen Akteure des Mordens von Anfang an eine wichtige Information. Der Fragebogen, mit dem die Mörder ihre potenziellen Opfer erfassen ließen, enthielt gleich nach den Personalien diese erste Frage: „Wie oft erhält der Patient Besuch und von wem?“ Menschen waren nicht deswegen dauerhaft in psychiatrischen Anstalten, weil es Nationalsozialisten gab, sondern weil sie draußen niemand mehr haben wollte oder ertragen konnte. Für die westfälische Anstalt Warstein ist belegt, dass die dortigen Schwestern des Vinzentinerinnenordens den Angehörigen gezielt, sehr deutlich und auf verschiedenen Wegen nahelegten, die vom Abtransport bedrohten Kranken aus der Anstalt vorübergehend



herauszunehmen. So gelang es, knapp vier Prozent der Patienten zu retten.

Am 4. April 1940 waren sämtliche deutschen Oberbürgermeister im Haus des Deutschen Gemeindetags in Berlin über die gerade begonnene Mordaktion ins Bild gesetzt worden. Niemand widersprach. Vormundschaftsrichter, Sachbearbeiter der Kostenträger und Standesbeamte bekamen hinfert Dutzende gleichartige Sterbeurkunden auf den Tisch. Nur einer von 1.200 deutschen Vormundschaftsrichtern protestierte – Lothar Kreyszig,

„Die NS-Führung ging tastend und schrittweise vor“

der später die Aktion Sühnezeichen mitbegründete. 1940 erstattete er Strafanzeige gegen Hitlers Euthanasie-Beauftragten Reichsleiter Philipp Bouhler und schrieb an den Reichsjustizminister: „Die Meinung, Menschenleben beenden zu dürfen, weil die beschränkte Vernunft es nicht oder nicht mehr als sinnvoll begreift, ist Anmaßung und Empörung gegen Gott.“ Kreyssig wurde in den Ruhestand versetzt, aber nicht verfolgt. Später versteckte er zwei jüdische Frauen. Sein Nachfolger im Amtsgericht Brandenburg – Erich Schmidt-Leichner – arbeitete dann zur allgemeinen Zufriedenheit.

Wie bei den Euthanasiemorden ging die NS-Führung auch bei der „Endlösung der Judenfrage“ tastend und schrittweise vor. Sie nahm bestimmte Gruppen von der Deportation aus, an denen sich Widerstand hätte kristallisieren können: sogenannte Halbjuden und jüdische Partner christlich-jüdischer Ehepaare; sie behandelte Veteranen des Ersten Weltkriegs und Alte zunächst etwas milder. Erst wurden sogenannte Ostjuden ermordet, dann die deutschen und westeuropäischen Juden; erst die Männer, dann alle; erst diejenigen, die als arbeitsunfähig galten, dann jedoch alle. Zunächst



sollte das Zentrum der Vernichtung in Weißrussland fernab entstehen, dann stellte sich heraus, das Projekt „Endlösung“ könnte auch weiter im Westen, selbst auf annektiertem deutschen Boden, in Auschwitz, ins Werk gesetzt werden.

All das folgte den Erfahrungen aus den Euthanasie-morden. Im einen wie im anderen Fall ermöglichten Hitler, seine Mitführer und Berater dem Volk das Wegsehen. An die Stelle des mäßig verhüllenden Begriffs „Verlegung“ rückten sie die Tarnwörter „Evakuierung“ und „Arbeitseinsatz im Osten“.

Antisemitismus in Düsseldorf und Köln

Im Jahr 1933 wohnten in Düsseldorf 5.600 Bürger jüdischen Glaubens, sechs Jahre später, im Mai 1939, noch 1.800, im Herbst noch 1.400. Nicht wenige waren in die Niederlande, nach Belgien oder Frankreich geflohen oder im Oktober 1938 nach Polen abgeschoben worden. Deshalb gerieten sie später unter deutsche Besatzungsgewalt. Insgesamt wurden mehr als 2.200 der Juden Düsseldorfs ermordet – 57 kamen nach dem Krieg zurück.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 setzten Düsseldorfer SA-Männer die Synagoge in der Kasernenstraße in Brand, sie töteten Paul Marcus, den Inhaber des Cafés Karema, Stefan Goldschmidt, Wilhelm Lewkowitz und Dr. Alfred Joseph; weitere verfolgte Juden starben am Herzschlag, einige nahmen sich das Leben. In der benachbarten Kleinstadt Hilden erschossen junge Männer Eugenie Willner und ihren Sohn Ernst, erstachen Carl Herz und prügeln Nathan Mayer zu Tode. Die meisten Düsseldorfer schwiegen zu all dem, wenige freuten sich offen, manche insgeheim, andere sagten sich: „Was geht mich das an, die Zeiten sind schwer genug.“

Am folgenden Tag erschien im Düsseldorfer Tageblatt der Artikel „Deutliche Antwort an das Juden-

tum“. Die Unterzeile lautete: „Die Erregung der Bevölkerung über den Pariser Meuchelmord machte sich in spontanen Demonstrationen Luft.“ Drei Tage später ordnete die Düsseldorfer Stadtverwaltung den Abriss der Synagoge an. Die Kosten hatte die Jüdische Gemeinde zu tragen. Anschließend wurde das geräumte Grundstück als Parkplatz verwendet, später dann für den Bau eines weitgehend unterirdischen Luftschutzbunkers. So nutzte es allen nichtjüdischen Düsseldorfern.

Die Enteignungen der Juden hatten lange vor dem Pogrom begonnen. Nehmen wir das Beispiel Köln. Das Lederwarengeschäft Marx wurde von Rudi Sander arisiert; das Fachgeschäft für Handarbeiten, Wolle und Kinderbekleidung Rosenthal übernahm die langjährige Mitarbeiterin Kuhlmann; das Bekleidungsgeschäft Bamberger und Hertz hieß plötzlich Hansen; das Schuhhaus Wolff eröffnete unter dem Namen Maas und warb „Jetzt arisch!“. Hunderte größere und kleinere Unternehmen und Geschäfte wechselten auf diese Weise den Besitzer, ebenso Wohnungen, Häuser und Kunstwerke.

So schrieb zum Beispiel der einfache Soldat Andreas Brüggemann, wohnhaft in Köln-Bickendorf, Häuschensweg 18, am 23. Juli 1942 an den Oberfinanzpräsidenten: „Habe die Juden-Wohnung hier gemietet. Ich habe hier mal Ordnung geschaffen und möchte sie bitten, ob ich dieses Haus kaufen kann. Ich bin Familienvater von fünf Kindern, und meine Frau erwartet das sechste Kind.“ Für die Bezieher mittlerer Einkommen kamen, hier ebenfalls nur beispielhaft genannt, am 9. Februar 1944 im Kölner Café Nutt mehr als 50 Ölgemälde mittlerer Qualität unter den Hammer. Die Auktion erbrachte 55.124 Reichsmark zugunsten der Staatskasse und damit zum Nutzen aller Deutschen. Die Ersteigerer hießen: Elsener, Zitzen, von Gagern, Odenthal, Hilgert, Trebbau, Hanni Gerig, Weingarten, Weberling, Ralle usw. Für diese Art von Kunst, die heute für einige Tausend Euro ver-

kauf werden kann, interessiert sich kein auf Restitution spezialisierter Anwalt. Die Sachen sind zu wenig wert und die heutigen Erben wollen nicht wissen, woher diese hübschen Familienstücke kommen.

Selbstverständlich gab es auch Besseres zu erwerben. Das Kunsthaus Mathias Lempertz, Inhaber Josef Hanstein, lud am 3. Dezember 1939 mit dieser Anzeige im Westdeutschen Beobachter zur Zwangsversteigerung ein: „Zirka 700 Gemälde neuzeitlicher Meister“, darüber hinaus „Plastiken – Antiquitäten – Orientteppiche bester Provenienz und Qualität“, und zwar „aus nichtarischem Besitz“, wie es in der Anzeige ausdrücklich hieß. Für ein ganz anderes Publikum veranstaltete das Finanzamt Köln-Nord folgende Auktion am 4. März 1943. „Hausratgegenstände, Mobiliar, Küchen, Schlafzimmer und sonstige Gebrauchsgegenstände gegen bar. Fliegergeschädigte erhalten gegen Vorzeigung ihrer Ausweiskarte und Lichtbild den Vorzug. Die Sachen sind aus nichtarischem Besitz.“ Solche Versteigerungen fanden damals zu Hunderten in allen deutschen Städten statt.

Rückblickend brüstete sich Hamburgs Gauleiter, Karl Kaufmann, er sei im September 1941 „nach einem schweren Luftangriff an den Führer herangetreten mit der Bitte, die Juden evakuieren zu lassen, um zu ermöglichen, dass wenigstens zu einem gewissen Teil den Bombengeschädigten wieder eine Wohnung zugewiesen werden könnte“. Nicht zuletzt unter dem Eindruck solcher Argumente entschloss sich Hitler im Herbst 1941, die deutschen Juden schon während des Krieges zu deportieren und nicht erst – wie bis dahin beabsichtigt – nach dem Sieg. Auf der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 nannte Reinhard Heydrich im Hinblick auf besonders vordringliche Deportationen ausdrücklich die „Wohnungsfrage und sonstige sozialpolitischen Notwendigkeiten“.

Am 4. November 1941 stellte der Oberfinanzpräsident von Köln fest, in seinem Bezirk habe „die Aussiedlung der Juden am 21. Oktober begonnen“, und zwar „zwecks Freimachung von Wohnungen für Fliegergeschädigte in den Städten Köln und Trier“. Die Aktion werde „nach und nach weitergeführt“. Tatsächlich bildete die Bombengefahr ein wichtiges Kriterium für die Abfolge von Großdeportationen deutscher Juden. Abtransportiert wurden zuerst diejenigen, die in den vom Luftkrieg hauptsächlich heimgesuchten nord- und westdeutschen Städten lebten. So wurden im Oktober 8.000 Juden aus Berlin, Köln, Frankfurt a.M., Hamburg und Düsseldorf in das Ghetto Lodz verschleppt. Zehn Tage später folgte die zweite Welle, die abermals und hauptsächlich die Juden aus den bombengeschädigten und -bedrohten Städten erfasste – hier in Nordrhein-Westfalen insbesondere aus Bielefeld, Münster, Düsseldorf und Köln. Fast niemand der Deportierten überlebte.

Unmittelbar nach den ersten Deportationen aus Köln verfügte der Oberfinanzpräsident, dass nicht allein der Wohnraum, sondern auch „der Hausrat der ausgesiedelten Juden in erster Linie den Fliegergeschädigten zugutekommen“ solle. Der Oberfinanzpräsident von Westfalen, der im stark bombardierten Münster saß, verlangte von seinen Beamten, darauf zu achten, „dass die Sachen, insbesondere Textilien und Wohnungseinrichtungen, in die richtigen Hände wie der Bombengeschädigten, der Jungverheirateten, der Kriegshinterbliebenen usw. kommen“ würden.

Dabei ging es nicht nur um das arisierte Eigentum deutscher Juden. Eine eigens geschaffene Organisation beschlagnahmte in Frankreich, Belgien, Luxemburg und in den Niederlanden den kompletten Hausrat jüdischer Familien und belieferte damit – ich beschränke mich wieder auf die Städte Nordrhein-Westfalens – Oberhausen, Bottrop, Reck-

„Was im Großen geschah, geschah ebenso im Kleinen“

linghausen, Münster, Düsseldorf und Köln. Bis zum Sommer 1944 waren – um nur die Großempfänger zu nennen – nach Düsseldorf 488 Güterwaggons mit Möbeln enteigneter westeuropäischer Juden gegangen, nach Essen 518, Duisburg 693, Oberhausen 605, Köln 1.269, Münster 523, Bochum 555, nach Kleve 310 Waggons. Gleichzeitig wurden 8.191 Waggons mit ihrer Fracht in zentrale Lagerschuppen dirigiert, von wo aus die Möbel im Bedarfsfall möglichst schnell an die Bombenopfer weitertransportiert werden konnten. 1.576 Waggons gingen an die Familien von Reichsbahnern, die in den besonders gefährdeten Betriebswohnungen nahe den Eisenbahnanlagen lebten. Zudem lieferten Binnenschiffe in mir nicht bekannter Zahl den Hausrat der verfolgten und ermordeten Juden aus Westeuropa nach Köln, Düsseldorf und Duisburg. Aus Prag kamen Güterwagen voller Kinder- und Erwachsenenkleidung der dort abtransportierten Juden im Ruhrgebiet an.

Hunderttausende profitierten während der zweiten Kriegshälfte davon. Die Möbel, den Hausrat der westeuropäischen Juden schaffte ein Oberführer des Deutschen Roten Kreuzes herbei, Kurt von Behr. Ende 1943 beschwerte er sich, der „Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS“ (SD) in Lüttich verhafte kaum mehr Juden, und meinte: „Da aufgrund der letzten großen Bombenschäden im Reich die Anforderungen an meine Dienststelle wesentlich erhöht worden sind, bitte ich zu erwägen, evtl. baldmöglichst die Judenaktion in Lüttich weiterzuführen, damit eine Erfassung der Judenmöbel und Abtransport ins Reich erfolgen kann.“

Was im Großen geschah, geschah ebenso im Kleinen. Am 22. April 1942 wurden von Düsseldorf-

Derendorf aus 941 niederrheinische Juden in die Todeslager gefahren. Das Gepäck der Todgeweihten wurde am Ende des Zuges in Güterwagen verladen, die dann abgekoppelt und sofort wieder entladen wurden. Das sortierte Gepäck – Wärmflaschen, Wollsachen, Strümpfe, Mäntel, Anzüge, Schuhe – übernahm fünf Tage später die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, um die Sachen an bedürftige Volksgenossen zu vergeben. Ein Teil der dort aus dem Gepäck der Deportierten geraubten nützlichen Kleinigkeiten – Verbandsmull und -binden, Seifenpulver, feste und flüssige Seife, Rasierklingen, Rasiercreme, Shampoo, Haarwasser, Trockenspirit, Streichhölzer, Kölnisch Wasser, Salben, Schuhcreme, Nähzeug, Zahnbürsten, Tabak und Kautabak, Zigaretten, Zigarren, Tee, Kaffee, Kakao, Süßigkeiten, Wurst, Apfelsinen und Zitronen sowie andere Lebensmittel – erhielten die Kreisstelle des Deutschen Roten Kreuzes, ein Soldatenheim, ein Reservelazarett sowie die Truppen-Erfrischungs- und -Verpflegungsstelle im Düsseldorfer Hauptbahnhof.

Die kleinen materiellen Vorteile, die Arbeitsplätze, die infolge der gegen die Juden verhängten Berufsverbote seit 1933 immer wieder frei geworden waren, das Verschwinden konkurrierender Einzelhandelsgeschäfte, die günstigen Kaufgelegenheiten, Vorteilsnahmen und Schnäppchen beförderten das Schweigen. Wer einmal direkt oder indirekt von der sogenannten Verwertung nichtarischen Eigentums profitiert hatte, und das waren in jeder größeren Stadt Nordrhein-Westfalens Zehntausende, der wollte vom Schicksal der Enteigneten nichts mehr wissen, dem war es zur Besänftigung des eigenen Gewissens recht, wenn die verbliebenen Juden ir-

„Moralisch reglos“

gendwann, irgendwie, irgendwohin verschwanden. Hauptsache, sie waren weg. Diese erste Gewissensfessel ließen sich die Deutschen allerorten von ihrer Regierung überstreifen.

Wie zuvor schon die Massenmorde an deutschen Geisteskranken und Behinderten, vollzogen die Behörden den Mord an den Juden unter dem Rubrum „Geheime Reichssache“. Wirklich geheim blieb wenig. Das eigentliche Geheimnis bestand in der Offerte der Führer an die Geführten, sich aus der Verantwortung zu stehlen: Weil die Deutschen nicht wissen durften, dass ihre Mitmenschen in den Tod deportiert wurden, brauchten sie es nicht zu wissen, konnten wegblicken, verdrängen. Auf diese Weise blieb den Volksgenossen die moralische Überforderung erspart. Sie folgten dem Angebot, sich mit den mörderischen Tatsachen nicht konfrontieren zu müssen, und wichen so dem Konflikt mit ihrer (christlichen) Herkunftsmoral aus. Das war das zweite Mittel zur Betäubung des Gewissens.

Auf der so geschaffenen Grundlage konnte die staatliche Propaganda den Deutschen eine dritte, ebenfalls unsichtbare Fessel anlegen. Punktuell bestärkten Hitler und Goebbels immer wieder und absichtsvoll die Ahnung, dass mit den Deportierten Furchtbares geschehe, immer wieder sprachen sie in ihren Reden von „der Vernichtung der jüdischen Rasse“. So entstand das zunächst noch lose, später fester gespannte Netz des halbbewussten Schuldzusammenhangs, der Beteiligung in unaussprechliche Verbrechen. Das vage Wissen und das starke Nichtwissenwollen machten die Volksgenossen moralisch reglos.

Thomas Mann sprach diesen Zusammenhang sehr deutlich aus und sagte im November 1941 in einer seiner berühmten, über die BBC an die Deutschen gerichteten Reden: „Das Unaussprechliche, das in Russland, das mit den Polen und Juden geschehen ist und geschieht, wisst ihr, wollt es aber lieber nicht wissen aus berechtigtem Grauen vor dem ebenfalls unaussprechlichen, dem ins riesenhafte gewachsenen Hass, der eines Tages, wenn eure Volks- und Maschinenkraft erlahmt, über euren Köpfen zusammenschlagen muss. Eure Führer, die euch zu all diesen Schandtaten verführt haben, sagen euch: Nun habt ihr sie begangen, nun seid ihr unauflöslich an uns gekettet, nun müsst ihr durchhalten bis aufs Letzte, sonst kommt die Hölle über euch.“ Tatsächlich hielten die allermeisten Deutschen still und kämpften bis zum bitteren Ende. Sie hatten die frevelhaften Angebote ihrer Volksführer angenommen: Sie hatten Vorteile aus der Enteignung der Juden gezogen, sie hatten die Deportationen gesehen, manches gehört und flüchteten dann in den ihnen angebotenen Ausweg: Ihr dürft das alles nicht wissen, vergesst es schnell! Folglich konnten sie hinterher weder sich noch anderen erklären, was sie getan, mitgemacht, gefördert und zugelassen hatten, und sie behaupteten dann aus tiefer Überzeugung, wie zum Beispiel meine Eltern: Das haben wir nicht gewusst!

**erfasst,
verfolgt,
vernichtet.**
Kranke und
behinderte Menschen
im Nationalsozialismus

registered, persecuted, annihilated.
The Sick and the Disabled
under National Socialism

Kranke und behinderte Menschen
Verfolgung des Nationalsozialismus
Belastung für die deutsche

Bis zu 400.000 Menschen
ihren Willen sterilisiert
in Heil- und Pflegeanstalten
inmitten der deutschen
von Psychiatern, Neurologen
Fachkräften, von Wissenschaftlern
kräften. Auch in
fielen Zehntausende
Anstaltspatienten

Unzählige Frauen
Opfer wollten
nern. Auch
ihre Geschicke
etliche Tode
im Nachkriegsdeutschland
lung fröhlich
die die



„Ein Archipel des Todes“

Interview mit dem Historiker Prof. Dr. Götz Aly

Prof. Dr. Aly, geboren 1947, forscht seit Jahren über den Nationalsozialismus. Zu seinen Themenschwerpunkten gehören die Verfolgung Kranker und Behinderter und der Holocaust. In einem Interview sprach er über Vergangenheit und Zukunft der Erinnerungskultur.

Was haben Sie bei Ihrem ersten Besuch in Auschwitz-Birkenau empfunden?

Prof. Dr. Aly: Ich bin in den frühen 1980er-Jahren zum ersten Mal dort gewesen. Es war ein kalter, sehr zugeriger Wintertag und anders als heute war insbesondere der Lagerkomplex Birkenau damals nur wenig besucht. Ich bin mehrere Stunden über das Gelände gegangen. Mir ist die ungeheuerliche Riesenhaftigkeit dieser Vernichtungseinrichtung bewusst geworden. Das hat wohl auch dazu beigetragen, dass ich diesem Thema so lange treu geblieben bin.

Wie wichtig ist es, dass insbesondere junge Deutsche diesen Ort besuchen?

Ich glaube, es ist wichtig, um sich eine Vorstellung von der Größe zu machen, von diesem Archipel des Terrors und des Todes. Man muss sich dieses Gelände förmlich erwandern. Dabei muss man sich klar machen, dass die von Bildern bekannten Eisenbahnschienen, die direkt ins Vernichtungslager Birkenau führen, erst im Mai 1944 gebaut wurden, um dort die nächsten 400.000 Menschen – Juden aus Ungarn – zu ermorden. Es ist aber unabdingbar, dass junge Menschen auf freiwilliger Basis Auschwitz-Birkenau besuchen; sie müssen innerlich dazu bereit sein, sollten von sich aus den Entschluss fassen.

Wird genug getan, um diese Orte der Erinnerung zu erhalten?

Die Frage ist, ob wir den Verfall aufhalten sollten. Diese Lager sind ja für die kurzfristigen Massenmordaktionen gebaut worden, zumeist mit simplen Holzbaracken. Eine Art Disneyland des Todes neu zu bauen, hätte etwas sehr Fragwürdiges.

Was sollte bei der Erinnerung im Mittelpunkt stehen?

Ich finde es gut, an die Menschen zu erinnern. Wir sprechen über die Opfer, was vollkommen richtig ist. Aber wir sprechen zu wenig über die Täter, über die vielen großen und kleinen Verfolger, die Mitläufer und Profiteure. Über die moralisch angenehme Identifikation mit den Opfern gewinnen wir keinen Zugang zu den Ursachen und den menschlichen Voraussetzungen dieser ohnehin schwer zu begreifenden Menschheitsverbrechen. Hier gibt es eine ganz merkwürdige Diskrepanz. Auch werden Euthanasieopfer praktisch nicht mit Namen genannt. Die meisten Familien wissen nichts von diesen Opfern, weil sie damals und später von den Morden an den psychisch Kranken nichts wissen wollten. Warum ist das so? Es heißt auch immer stereotyp: Die Nationalsozialisten haben das und das getan ... Wer war das denn, die Nationalsozialisten? Beispielsweise hat im katholischen Rheinland nicht die überwiegende Mehrheit Hitler gewählt. Aber sehr viele Rheinländer, die Hitler nicht gewählt haben, waren Antisemiten. Auch das müssen wir uns bewusst machen. Die Judenfeindschaft wirkte vielfach politisch integrativ, nicht spaltend und abstoßend.

Haben Ihre Eltern mit Ihnen über die Zeit des Nationalsozialismus gesprochen?

Nein, gar nicht. Ich habe zunächst nur erfahren, wie schlecht es den Deutschen nach dem Krieg er-

„Warum protestierte nur einer?“

gangen ist – lange bevor ich zum ersten Mal vom Mord an den Juden erfahren habe. Als ich 16 oder 17 war, wurden uns dann in der Schule Filme über die Konzentrationslager gezeigt, offensichtlich auf Anordnung des Bayerischen Kultusministeriums, denn unsere Lehrer sagten uns dazu kein Wort. Als ich meinen Eltern abends davon erzählte, waren sie wie versteinert. Das heißt für die Geschichte der Bundesrepublik: Die Familien waren überfordert damit, über dieses Thema zu sprechen. Der Staat, die Parlamente und die Justiz haben damals mehr für die Aufklärung der Kinder und Jugendlichen getan als die Eltern – die Familien von Millionen Hitler-Wählern, Mitläufern und Wehrmachtsoldaten waren überfordert, wie vereist, unfähig, über das mitverantwortete Vergangene zu reden.

Was bedeutet der Widerstand gegen die Verfolgung und Vernichtung von Kranken und Behinderten in der NS-Zeit für uns heute?

Es hat den öffentlichen Widerstand eines einzigen Mannes in der katholischen Kirche gegeben: Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster. Es war der Mut eines Einzelgängers, der dazu führte, dass das Mordprogramm für etwa ein Jahr ausgesetzt wurde. Die Katholische Bischofskonferenz hat diesen Mann nicht unterstützt, von den protestantischen Bischöfen nicht zu reden. Sie protestierten gelegentlich, allerdings ausschließlich in vertraulichen Briefen, die der Öffentlichkeit verborgen blieben. Andererseits gab es zum Beispiel 1.200 Vormundschaftsrichter im Deutschen Reich. Fanden die Abtransporte der psychisch Kranken in einem bestimmten Bezirk statt, dann bekamen diese Richter plötzlich Dutzende ähnliche Totenscheine für ihre Mündel auf den Tisch. Nur ein

einzigster hat protestiert – Lothar Kreyssig. Warum protestierte nur einer? Wir müssen fragen: Wie haben sich normale Menschen verhalten – und wie hätten sie sich verhalten können? Ihr Verhalten bestand hauptsächlich im Wegsehen und nicht so sehr in der aktiven Beteiligung an den Verbrechen.

Wie gefestigt ist Ihrer Meinung nach unsere Demokratie heute?

Die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland werden sich in dieser Form nicht wiederholen, dessen bin ich sicher. Aber es gibt andere Möglichkeiten des Entgleisens und Zerbrechens relativ gefestigt und zivil erscheinender Gesellschaften. Auch die Verbrechen der Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund hatten tausendfaches Wegsehen, Gleichgültigkeit und stillschweigende Billigung von ausländerfeindlichen Aktionen zur Grundlage. Anders als 1933 hat unsere Demokratie heute eine starke Basis in der Bevölkerung.

Warum ist es wichtig, dass der nordrhein-westfälische Landtag der Opfer des Nationalsozialismus gedenkt?

Eine der wichtigsten Entwicklungen der vergangenen 40 Jahre ist die, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus nicht mehr Teil von Parteienstreitigkeiten ist. Jenseits aller sonst unterschiedlichen Meinungen haben die Deutschen hier zu einem klaren Konsens gefunden. Das demonstrieren die Repräsentanten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes am 27. Januar stellvertretend für die Bürger Nordrhein-Westfalens. Über die Einladung, an diesem Tag im Landtag zu sprechen, habe ich mich sehr gefreut.

„Viel zu wenig Aufmerksamkeit für die Opfer“

Prof. Dr. Wolfgang Gaebel, Ärztlicher Direktor der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie, LVR-Klinikum Düsseldorf, Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Gödecke,
sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Geisel,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin sehr dankbar, anlässlich der heutigen Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus die Gelegenheit zu haben, die Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“ der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde hier vorstellen und eröffnen zu können.

Herr Dr. Traub hat bewegend das Schicksal seines ermordeten Onkels Benjamin Traub vorgestellt. Es steht stellvertretend für viele Opfer, die in den Jahrzehnten nach 1945 viel zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit erfahren haben. Deshalb möchte ich Ihnen, Frau Landtagspräsidentin, danken, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, hier im Rahmen der offiziellen Gedenkfeier dem Andenken an diese Opfer einen würdigen Raum zu geben.

Im Rahmen der „Aktion-T4“ wurden unter dem Euphemismus der „Euthanasie“ in den Tötungsanstalten Grafeneck, Brandenburg, Bernburg, Hartheim, Sonnenstein und Hadamar zwischen 1940 und 1941 über 70.000 Menschen getötet. Auch nach Beendigung der T4-Aktion starben ab 1942 weitere Patienten in Anstalten. Die Entscheidung, wer ermordet wurde, wurde von externen Gutachtern getroffen. Selten kannten diese ihre Opfer persönlich; Entscheidungen wurden auf der Grundlage von Meldebögen getroffen, für deren Erstellung die Ärzte in den Krankenanstalten zuständig waren.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kliniken des Rheinlands waren Tatbeteiligte durch Selektion, Meldung und Begutachtung der psychisch Kranken. Auch hier in Düsseldorf waren Ärzte in die Zwangssterilisationsaktionen sowie die T4-Aktion involviert. Aus Düsseldorf gingen 763 Meldebögen an die Berliner T4-Zentrale und von dort kam eine Liste mit je 50 Männern und Frauen zurück. Die Zahl der im Rahmen der T4-Aktion in Hadamar getöteten Düsseldorfer Patienten liegt bei mindestens 45, jedoch dürfte die wahre Zahl noch etwas höher liegen, hierzu ist die Aktenlage aber noch nicht endgültig geklärt. Der damalige Klinikdirektor der Provinzialanstalt Grafenberg, dem heutigen LVR-Klinikum Düsseldorf, Prof. Franz Sioli, war Mitglied des Erbgesundheits-Obergerichts. Sioli war seit 1923 Lehrstuhlinhaber für Psychiatrie in Düsseldorf und gleichzeitig Mitglied einer Leitungsdoppelspitze gemeinsam mit dem Direktor Johannes Herting. Nach dem altersbedingten Ausscheiden Hertings im Jahre 1930 übernahm er auch das Amt des Klinikdirektors bis 1945.

Zu nennen ist hier auch Prof. Walter Creutz, der von 1935 bis 1945 Medizinaldezernent in der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz war und Geschäftsführer der Vorgängerorganisation der DGPPN, der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater. Er hatte die organisatorische Hauptverantwortung für die Durchführung der T4-Aktion im Rheinland.

Prof. Friedrich Panse war ab 1936 leitender Arzt am Rheinischen Provinzialinstitut für neurologisch-psychiatrische Erbforschung in Bonn, einer Einrichtung, die der Psychiatrisch-Neurologischen Klinik der Universität Bonn angegliedert war. Er war ab 1935 Mitglied des Erbgesundheits-Obergerichts in Berlin und ab 1936 in Bonn, erhielt 1937 eine Dozentur der Bonner Universität für Psychiatrie, Neurologie und Rassenhygiene, ab 1942 als außerplanmäßiger Professor. Später war er auch Gutachter im Rahmen der „T4“-Aktion, genauso wie Prof. Kurt Pohlisch, Direktor der damaligen Bonner psychiatrisch-neurologischen Universitätsklinik und seit 1934 Lehrstuhlinhaber in Bonn.

In den Jahren 1948 und 1950 wurde in den Düsseldorfer Euthanasie-Prozessen zu Creutz, Panse und Pohlisch befunden, dass der Tatbestand der Beihilfe zum Mord erfüllt gewesen sei, dass sich die Angeklagten jedoch auf einen übergesetzlichen Notstand berufen konnten, der ihre Handlungsweise rechtfertigte. Die Angeklagten hatten sich nach Meinung des Gerichts deshalb keines Verbrechens schuldig gemacht und wurden freigesprochen. Zweifel insbesondere an den Urteilen zu Panse und Pohlisch bleiben aus heutiger Sicht bestehen, da die Wertung der Vorgehensweisen der Angeklagten durch die damaligen Gerichte aus heutiger Sicht vielleicht anders ausfallen würde. Panse war von 1955 bis 1967 Direktor und Lehrstuhlinhaber in Düsseldorf. Seine Ehrenmitgliedschaft in der DGPPN wurde von der DGPPN im Jahre 2011 aberkannt. Pohlisch wurde ab 1955 wieder Lehrstuhlinhaber für Psychiatrie und Neurologie in Bonn. Sioli zählte nicht zu den Angeklagten der seinerzeitigen Düsseldorfer Euthanasieprozesse, seine damalige Rol-

le historisch neu zu bewerten, wäre eine Aufgabe, die noch einmal thematisiert werden sollte.

Der Landschaftsverband Rheinland hat sich schon ab den 1980er-Jahren in Gedenkveranstaltungen und mit Forschungsprojekten mit dieser Geschichte seiner Vorgängerorganisation, dem rheinischen Provinzialverband, auseinandergesetzt. Ein wichtiger Schritt der historischen Auseinandersetzung mit den Verbrechen an psychisch Kranken zur Zeit des Dritten Reichs durch die deutsche psychiatrische Fachöffentlichkeit war der Weltkongress der Psychiatrie in Hamburg im Jahre 1999, bei dem erstmals eine Ausstellung zur T4-Aktion mit dem Titel „In Memoriam“ auf die Verbrechen an psychisch Kranken aufmerksam machte. Anfang der 2000er-Jahre entschloss sich die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, die DGPPN, sich der Frage der Mitverantwortung von Psychiatern an Menschenrechtsverletzungen während der Zeit des Nationalsozialismus öffentlich zu stellen. Die Aktion der Wanderausstellung der „Grauen Busse“, die an die Transportbusse erinnert, mit denen die psychisch Kranken aus den Krankenanstalten in die Zwischenlager abtransportiert wurden, wurde von der DGPPN unterstützt. Ein solches Denkmal steht dauerhaft in Köln vor dem Landeshaus.

Ab dem Jahre 2009 erfolgte eine entsprechende Auseinandersetzung der psychiatrischen Fachgesellschaft mit dem Thema, der erste Absatz der Satzung wurde wie folgt neu gefasst: „Die DGPPN ist sich ihrer besonderen Verantwortung um die Würde und Rechte der psychisch Kranken bewusst, die ihr aus der Beteiligung ihrer Vorläuferorganisationen an den Verbrechen des Nationalsozialismus, an massenhaften Krankenmorden und Zwangssterilisierungen erwachsen.“

Im gleichen Jahr entschloss sich die Fachgesellschaft, in einem Forschungsprojekt systematisch und detailliert die Rolle der Fachgesellschaft und insbesondere ihres Vorstands an den im Nationalsozialismus begangenen Tatkomplexen zu untersu-

chen. Wissenschaftlich begleitet wird dieses Projekt von der durch die Fachgesellschaft beauftragten internationalen „Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der DGPPN“ unter dem Vorsitz von Prof. Volker Roelcke aus Gießen, die Mitglieder sind Prof. Carola Sachse aus Wien, Prof. Heinz-Peter Schmiedebach aus Hamburg und Prof. Paul Weindling aus Oxford.

Bei einer zentralen Gedenkveranstaltung im Rahmen des Jahreskongresses der Fachgesellschaft im Jahre 2010 bat der damalige Präsident, Prof. Schneider aus Aachen, die Opfer und deren Angehörige um Verzeihung für das Leid und das Unrecht, die ihnen in der Zeit des Nationalsozialismus im Namen der deutschen Psychiatrie und von deutschen Psychiatern angetan wurde, und entschuldigte sich für das viel zu lange Schweigen, Verharmlosen und Verdrängen der deutschen Psychiatrie in der Zeit danach.

Die ab heute hier im Landtag zu sehende Wanderausstellung wurde auf Initiative und mithilfe der DGPPN und anderer Verbände realisiert. Am 27. Januar 2014 wurde die Ausstellung im Deutschen Bundestag unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck eröffnet, sie war im Anschluss in der Topographie des Terrors zu sehen und hat nun hier in Düsseldorf die erste Station nach Berlin erreicht. Die Ausstellung zeigt untergliedert in fünf Kapitel zahlreiche Dokumente und Bilder sowie grafische Darstellungen und Medieninstallationen, vermittelt Ereignisse und fragt nach den Denk- und Verhaltensweisen, die diesen Massenmord möglich machten. Im ersten Themenblock werden Fotodokumente von Opfern und Tätern gezeigt, die weiteren Themenblöcke befassen sich mit der damaligen Frage nach dem Wert des menschlichen Lebens, der damaligen sogenannten rassenhygienischen Politik, mit der Organisation der Tötungsaktionen und der historischen Aufarbeitung der Geschehnisse nach 1945.

Die Ausstellung wird durch die persönliche Sicht auf die Geschehnisse als Teil einer auch weiter erforder-

lichen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Dritten Reiches positioniert, die der Opfer gedenken und Mahnung sein soll, Verbrechen an der Menschlichkeit weltweit zu verurteilen und zu verhindern. An dieser Stelle mein aufrichtiger Dank der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf für die Unterstützung bei der Realisierung der Ausstellung hier im Landtag. Heute stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mahn- und Gedenkstätte für Ihre Fragen im Ausstellungsbe- reich zur Verfügung.

Sehr geehrte Damen und Herren, der deutschen Psychiatrie kommt aus ihrer historischen Verantwortung eine besondere Verpflichtung im Kampf gegen Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit psychischen Störungen zu. Die Medizin und die Psychiatrie haben ihre Lehren gezogen: Im internationalen Bereich maßgeblich zu nennen sind hier die Erklärung von Helsinki der World Medical Association aktuell in der 6. Revision aus dem Jahre 2008 zu ethischen Fragen der Forschung am Menschen sowie die Madrider Erklärung der Weltgesellschaft der Psychiatrie zu ethischen Standards der psychiatrischen Praxis zuletzt revidiert im Jahre 2011. Auch die UN-Behindertenrechtskonvention, die im Jahre 2008 in Kraft trat, spielt im Bereich der Versorgung von Menschen mit psychischen Störungen eine wichtige Rolle. Seit einer Änderung der ärztlichen Approbationsordnung im Jahre 2002 sind die Fächer Geschichte der Medizin und Medizinethik Teil des Pflichtkanons aller medizinischen Studiengänge in Deutschland.

Nur durch die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung für die besonderen Belange von Menschen mit psychischen Störungen wird es langfristig möglich sein, diskriminierenden Einstellungen gegenüber psychisch Kranken entgegenzuwirken. Das Leid, das damals den Betroffenen und den Familien widerfahren ist, wirkt bis heute fort. Es ist auch unsere Aufgabe als Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie dafür Sorge zu tragen, dass solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie wieder geschehen.

**Verfolgte
Victims of Persecution**

The Nazis persecuted anyone who was Jewish, disabled, gay or lesbian, or belonged to a religious group other than Christianity. They persecuted anyone who was a member of a political party or organization that was not approved by the Nazis. They persecuted anyone who was a member of a trade union or a labor organization. They persecuted anyone who was a member of a political party or organization that was not approved by the Nazis. They persecuted anyone who was a member of a trade union or a labor organization.



Felma geboren 1872 in Bielefeld, ermordet 1942 in Buchenwald



Dorothea Buck geboren 1882 in Bielefeld, ermordet 1942 in Buchenwald



Schiger geboren 1882 in Bielefeld, ermordet 1942 in Buchenwald



David Hill geboren 1882 in Bielefeld, ermordet 1942 in Buchenwald



Ursula Heideich geboren 1882 in Bielefeld, ermordet 1942 in Buchenwald



Miene Helson geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Wjciech Kowalski geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Helene Kratz geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Imgrid Heise geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Ernauch Kautajew geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Gertrud Hill geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Hildeburg Langmann geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Anna Lehnkering geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Räte Leipold geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Elfriede Lehn-Wicheler geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Anna Lorenz geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Marianne Schiefelner geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Ernst Lamm geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Fritz Schuler geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



August Schuler geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Agnes Seiff geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald



Irma Spelling geboren 1882 in Lüneburg, ermordet 1942 in Buchenwald

Den Opfern ein Gesicht geben – und den Tätern

Ausstellung dokumentiert Verfolgung und Ermordung von Kranken und Behinderten

Es sind zunächst die Bilder, an denen der Blick des Betrachters hängen bleibt. Sie zeigen Frauen, Männer und Kinder. Es sind die Bilder von Opfern, wie das von Benjamin Traub, der 1941 in der Tötungsanstalt Hadamar vergast wurde. Aber auch die Bilder von Tätern: Kinderärzte, Psychiater, Schwestern und Pfleger. Ihnen allen ein Gesicht zu geben und damit an das Schicksal der verfolgten und ermordeten Kranken und Behinderten zu erinnern und zugleich die Verbrechen der sogenannten Euthanasie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen – das ist das Ziel der Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“, die der Landtag NRW im Rahmen seines Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zeigte.

Bis zu 400.000 kranke und behinderte Menschen waren ab 1934 zwangssterilisiert worden; mehr als 200.000 Menschen wurden in den damaligen Heil- und Pflegeanstalten ermordet. Grundlage für diese Verbrechen war das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933. Es sollte der sogenannten Rassehygiene dienen. Bei der Auswahl der Patientinnen und Patienten stand der vermeintliche „Wert“ des menschlichen Lebens im Vordergrund. Dabei urteilten Ärzte, Pflegekräfte und Verwaltungsfachleute über das Schicksal der ihnen Anvertrauten. Zum Kreis der Gutachter zählten auch etwa 50 ausgewählte Psychiater und Neurologen, darunter namhafte Vertreter der damaligen Psychiatrie.



Lange wurde nach Ende des Zweiten Weltkrieges über diese Verbrechen während des Nationalsozialismus geschwiegen. Erst in den 1980er-Jahren begann die öffentliche Erinnerung an die Opfer. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) gab 2009 eine systematische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und der ihrer Vorläufergesellschaften zur Zeit des Nationalsozialismus in Auftrag. Der Vorstand setzte dazu eine internationale Kommission von Historikern ein.

Inzwischen ist die Aufarbeitung der eigenen Geschichte laut DGPPN zu einem zentralen Thema innerhalb der Gesellschaft geworden. Ein Teil davon ist die Wanderausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ – sie wurde gemeinsam mit den Stiftungen Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Topographie des Terrors erstellt und am 27. Januar 2014 im Deutschen Bundestag eröff-

net. Nach Düsseldorf waren viele weitere Stationen geplant, im In- und Ausland.

Die Ausstellung zeigt nicht nur exemplarisch die Schicksale der Opfer und nennt Täter, Tatbeteiligte und Opponenten. Sie beschäftigt sich auch mit den gedanklichen und institutionellen Voraussetzungen der Morde und fragt schließlich nach der Auseinandersetzung mit dem Geschehen von 1945 bis heute. So gibt sie beispielsweise Einblick in Nachkriegsprozesse und in den Kampf um die Anerkennung der Opfer als Verfolgte des NS-Regimes und um Entschädigung.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz erläuterten Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie die beiden Beisitzer im Vorstand der DGPPN, Prof. Dr. Wolfgang Gaebel (LVR-Klinikum Düsseldorf) und Prof. Dr. Dr. Frank Schneider (Uniklinik RWTH Aachen), am 27. Januar 2015 die Ziele der Ausstellung. Gödecke



Landtagspräsidentin Gödecke mit Prof. Dr. Gaebel (l.) und Prof. Dr. Dr. Schneider in der Ausstellung.

dankte der DGPPN, dass der Landtag die Ausstellung zeigen könne. Sie erinnerte daran, dass Kranke und Behinderte als Opfer des Nationalsozialismus oftmals nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten und ihre Angehörigen lange um deren Anerkennung als Opfer hätten kämpfen müssen. Daher richte der Landtag seine Blicke an diesem Tag des Gedenkens in besonderem Maße auf diese Gruppe der Verfolgten. Gödecke betonte: „Die Opfer der ‚Euthanasie‘ blieben häufig namenlos. Das will die Ausstellung ändern.“

„Viel zu lange wurde zu den Verbrechen im Nationalsozialismus seitens der ärztlichen Fachgesellschaften, darunter auch der Psychiatrie, geschwiegen“, ergänzte Prof. Dr. Dr. Frank Schneider. Auch durch die Ausstellung wolle die Gesellschaft das jahrzehntelange Schweigen dauerhaft überwinden. „Die Wanderausstellung rückt jene Opfer ins Zent-

rum, die lange am Rande des öffentlichen Interesses und Gedenkens standen.“

Prof. Dr. Wolfgang Gaebel erinnerte daran, dass auch im Rheinland Patienten Opfer der sogenannten Euthanasie wurden. Die damalige Rheinische Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Langenfeld-Galkhausen sei eine der Sammelstellen gewesen, in der Patienten aus den umliegenden Kliniken zusammengeführt worden seien. Aus Düsseldorf seien mindestens 45 kranke und behinderte Menschen in der Tötungsanstalt Hadamar gestorben. Prof. Gaebel betonte: „Die Ausstellung soll für den heutigen Betrachter die Erinnerung an die Opfer wachhalten, aber auch Mahnung sein, Verbrechen an der Menschlichkeit zu verurteilen und dagegen vorzugehen.“ Ein wesentlicher und für die Zukunft leitender Aspekt sei es, Stigmatisierung und Diskriminierung psychisch Erkrankter zu überwinden.

